Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 30.— Mk. Durch die Post monatl. 30.— Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Lerchenfeldstr. 14, Fernruf 1047 u. 2251. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 300 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 700 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Krod, Halle

Einzelpreis 2 Mark | **Freitag, den 21. Juli 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 168**

Verschärfung der italienischen Krise

Factas Sturz — Faszisten-Kämpfe — Generalstreik

EP. **Mailand**, 20. Juli.

Der Zentralausschuß des Arbeiterverbandes hat die Proklamierung des Generalstreiks über ganz Italien beschlossen. Das Datum wird später festgesetzt werden.

*

Die Faszisten-Offensive in Norditalien geht weiter. Die ganze Provinz Navara steht zur Abwehr der weißen Horden im Generalstreik. Der einheitliche Generalstreik der Landschaften Lombardei, Piemont und Ligurien zur Mobilisierung des Proletariats gegen die Faszisten steht bevor. In dieser entscheidenden Krise des italienischen Klassenkampfes ist zunächst die Regierung Facta zerbrochen. Factas Ministerium vertrat die bürgerlichen Mittelparteien ohne die Sozialisten. Durch seine hilflose Schwäche hat sich Facta sowohl bei der Rechten als bei der Linken unmöglich gemacht. Nach ihm wird vielleicht eine Koalitionsregierung aus Bürgerlichen und Rechtssozialisten kommen, die aber erst recht die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Proletariat und Weißgardisten nicht wird verhüten können.

*

Mit dem Ausbruch der Regierungskrise haben auch gleichzeitig die bewaffneten faszistischen Organisationen ganz offen den Kriegszustand proklamiert. Der Faszistenführer Mussolini hat in der Kammer mit brutaler Offenherzigkeit erklärt, daß keine Regierung für Italien möglich sei, welche die Maschinengewehre gegen den Faszismus aufhalten läßt. Die Faszisten verfügen „über sehr zahlreiche, wohl disziplinierte und organisierte Streitkräfte", sie werden „jedem Unterdrückungsversuch mit höchster Energie und Heftigkeit entgegentreten, sie werden jede Aktion mit Aufruhr" beantworten. Der Faszismus werde „zwischen der gesetzlichen und der revolutionären Form" wählen müssen. Fällt der Entschluß für die revolutionäre Form, dann „kann der Faszismus keine Deputierten mehr im Parlament brauchen".

Diesem unverhüllten Machtstandpunkt wußte der Führer der sozialistischen Parlamentsfraktion, Turati, nichts anderes entgegenzustellen als das jämmerliche Bekenntnis, daß „der Sozialismus, der keine Revolution machen könne, nur eine Forderung habe, daß die neue Regierung Italien wenigstens nicht in die Barbarei des Mittelalters zurückschleudere."

Daß Turati der Sprecher der Sozialisten sein darf, daß Turati gegenüber der Kriegsandrohung der Faszisten nur einen waschlappigen Appell an die Reggierung, die er in Koalition mit den Populari, den Nittianern, der Volkspartei und den Demokraten, bilden will, richten dürfte, ist der phrasenreichen aber tatenarmen Politik Serratis zu verdanken. Wenn ein Turati erklären darf, daß die Sozialisten keine Revolution machen können, angesichts der offenen Drohung Mussolinis mit revolutionären Methoden, dann verdient wohl die sozialistische Partei Italiens den grimmigen Spott des Faszistenräuberhäuptlings, daß die SPJ. „keine ernste Gefahr für den Staat bildet."

Trotzdem sieht sich der Gewerkschaftsverband gezwungen, zum Generalstreik in ganz Italien aufzurufen. Noch ist das Datum nicht festgesetzt worden. Noch verhandeln die „Collaborationisten" unter Turatis Führung wegen einer Koalitionsregierung mit der katholischen Volkspartei und den Demokraten. Aber die Bourgeoisie sitzt fest im Sattel. „Europen Preß" weiß bereits zu melden, daß die katholische Volkspartei den Eintritt der Sozialisten in die neuzubildende Regierung als unerwünscht betrachte. Die Gewerkschaftsverbände werden von Reformsozialisten, die die Politik Turatis unterstützen, geführt. Mit einer verschwindend kleinen Mehrheit hat der Gewerkschaftskongreß den Koalitionsstandpunkt gebilligt. Es bleibt daher abzuwarten, ob der Kampfwille der verzweifelten Arbeiterschaft sich durchsetzen und der angekündigte Generalstreik zur Abwehr der weißgardistischen Machtentfaltung der bewaffneten Reaktion in ganz Italien tatsächlich durchgeführt wird.

Anders wird sich in Italien dasselbe wiederholen, was in Deutschland bereits geschehen ist: Die Sozialisten treten in die Koalitionsregierung ein und die Aktion der Arbeiterschaft wird abgewürgt. Damit ist selbstverständlich den Faszisten weiter freie Bahn gewährt.

Neue Aktionen der italienischen Weißgardisten

In denselben Tagen, in denen das deutsche Proletariat gegen die weißgardistischen Mörderbanden aufmarschiert ist, hat das italienische Proletariat ähnliche Kämpfe zu führen. Die Faszisten, das Vorbild des Herrn Wulle, gehen zum Angriff gegen das Städte-Dreieck Turin, Genua, Mailand vor. Diese drei Großstädte mit ihren Hunderttausenden von Arbeitern hatten sich bisher von der faszistischen Seuche einigermaßen frei gehalten. Die Niederwerfung von Mailand, Turin und Genua würde die Herrschaft des Weißen Terrors über Italien vollenden. Die Faszisten haben zunächst zwei vorbereitende Aktionen gemacht. Sie setzten sich im Gebiet von Novara fest. Novara liegt westlich von Mailand, und der Einfall der Weißgardisten in diesem Bezirk bedeutet eine Bedrohung des Mailänder Proletariats. Im Gebiet von Novara sind die städtischen wie die Landarbeiter in den Generalstreik getreten, und die Arbeiterschaft wehrt sich verzweifelt gegen die bewaffneten Horden. Der zweite Vorstoß der Faszisten richtet sich gegen den Industrieort Sestri-Ponente bei Genua. Die Ueberwältigung von Sestri soll die Einleitung zu dem Angriff auf Genua selbst sein. Es ist damit zu rechnen, daß die Arbeiterschaft der ganzen Provinz Ligurien, in der Genua und Sestri liegen, in den Generalstreik tritt. Die italienische Regierung wagt es nicht, den Faszisten ernstlich entgegenzutreten, und die Rechtssozialisten und Gewerkschaftsbureaukraten sehen den Ausweg ausschließlich in der Koalition mit dem Bürgertum. Demgegenüber wird in allen bedrohten Bezirken Italiens die proletarische Einheitsfront zur Wahrheit. Kommunistische, sozialistische und zum Teil auch christliche Arbeiter, schließen sich zusammen, um der faszistischen Gewalt die proletarische Gewalt entgegenzusetzen.

Unter Kontrolle!

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 21. Juli.

Bei den Verhandlungen um ein Moratorium hat die deutsche Regierung Maßnahmen zugestimmt, die einer vollständigen Finanzkontrolle der Reparationskommission über Deutschland gleichkommen. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, den Haushaltplan sowie alle finanziellen Gesetzentwürfe zwei Delegierten der Reparationskommission vorzulegen. Die deutsche Regierung hat sich verpflichtet, um der Reparationskommission eine Kontrolle über die Finanzgebarung auch im Reich zu ermöglichen, einen „fliegenden Kontrolldienst" einzurichten, der von einem Vertreter der interalliierten Finanzkommission begleitet, bei den einzelnen Finanzämtern Einsicht in die Durchführung der Veranlagung und Steuererhebung nimmt. Das Garantiekomitee fordert überdies Maßnahmen zur wirksameren Bekämpfung der Kapitalflucht, weiteren Ausbau der Ein- und Ausfuhrstatistik. Die deutsche Regierung hat sich verpflichtet, Einrichtungen zu treffen, durch welche der interalliierten Kommission die Kontrolle über die Maßnahmen gegen die Kapitalflucht weitgehend erleichtert wird.

Nach den bisherigen Meldungen soll ein Moratorium zuerst „versuchsweise" für drei bis sechs Monate gewährt und erst später über ein endgültiges von etwa zwei Jahren entschieden werden.

Hermann Müller über die Einigung

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 21. Juli. In Berlin hielt gestern die SPD. eine **Funktionärversammlung** ab, in der Hermann Müller über die politische Lage sprach. Sein ganzes Referat versuchte, die Kommunisten lächerlich zu machen. Bei den Spießbürgern der SPD. erzielt er damit auch großen Erfolg. Bezeichnend für den Geist der Versammlung ist folgende Stelle aus dem „Vorwärts": „Bei der Amnestie verlangten die Kommunisten, daß auch **ein Max Hölz von der Amnestie betroffen** werden sollte!" Hier verzeichnet der Bericht **große Heiterkeit.**

Schließlich kam Müller auf die Einigung zu sprechen und sagte: „Es wird zur Gesundung der deutschen Arbeiterbewegung beitragen, wenn als nächster Schritt die **Fraktionsgemeinschaft** oder gleich die **Einigung mit den Unabhängigen zustande kommt.** Dann werden die Kommunisten für alle Zeit zur Machtlosigkeit verurteilt." Das scheint bei Müller der Hauptgrund für die Einigung zu sein! Er führte weiter aus, als ein besonders verbürgerlichter Diskussionsredner, Bernhard Krüger, **vor radikalen Elementen in der USPD. warnte,** wenn auch ein Paul Levi früher sehr links gestanden hätte, müsse man doch jetzt hervorheben, mit welchen hervorragendsten Leistungen er für das Schutzgesetz gearbeitet hätte. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die die Einigkeit begrüßt.

*

Die Unabhängigen beteiligen sich an der Braunschweiger Koalitionsregierung

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 21. Juli.

Wie das „Berliner Tageblatt" mitteilt, nähert sich die braunschweigische Regierungskrise ihrem Ende. Die mehrheitssozialistische und die unabhängige Landtagsfraktion haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen und sind offiziell an die Demokraten zwecks Bildung einer Regierung aus Demokraten, Sozialdemokraten und Unabhängigen herangetreten. Die Demokraten erklärten sich zur Aufnahme der Unabhängigen in die Regierung bereit, verlangten aber, daß auch die Deutsche Volkspartei in der Koalition bleibe. Diese Forderungen lehnten die Unabhängigen ab. Die Verhandlungen zwischen den drei Parteien dauern fort.

*

Die braunschweigische Regierungskrise kam dadurch zustande, daß der volksparteiliche „Stahlhelm"-Minister Käfer aus der Regierung austrat und damit die Volkspartei aus der Koalition ausschied. Was sie im Reich vergebens versuchten, scheint den Unabhängigen nun in Braunschweig zu gelingen. Sie treten in eine Koalition mit bürgerlichen Parteien ein. Sie ziehen die Konsequenz aus den Beschlüssen der Reichskonferenz, wahrscheinlich zu dem Zweck, die unabhängigen Arbeiter von der Schädlichkeit der Koalitionspolitik zu überzeugen!

Joffe in China

London, 21. Juli. Joffe ist laut Mitteilung der russischen Handelsdelegation zum Vertreter Sowjet-Rußlands in China ernannt worden.

Alles beim alten?

Von Ernst Meyer (Berlin).

Der Rechtssozialist Paul Lensch schrieb dieser Tage in dem Stinnesorgan „Deutsche Allgemeine Zeitung", daß die Bewegung nach dem Rathenau-Mord geendet habe wie ein Lustspiel „Die Revolution in Mecklenburg": „Es bleibt alles beim alten." In der Tat könnte es so scheinen, daß diejenigen politischen Parteien, denen alles an der Wiederherstellung der alten „Ruhe und Ordnung" lag, bei ihren Bemühungen Erfolg gehabt hätten. Statt wirkliche Sicherungen gegenüber den monarchistischen Wühlereien gab es nur ein Gesetz zum Schutze der Republik, dessen Ausführung in den Händen der monarchistisch gesinnten Beamten und Richter liegt. Die drohenden Worte Wirths „Der Feind steht rechts" wurden abgelöst durch die ruhigere, aber wirksamere Feststellung des Reichsjustizministers, daß die neuen Gesetze die Handhabe geben, gegen rechts und links vorzugehen. Statt des lauten Geschreis, daß die Reaktion „niedergeknüppelt" werden müsse, füllen sich die Spalten der rechtssozialistischen und unabhängigen Presse bereits wieder mit den gewohnten Hetzartikeln gegen die russischen und deutschen Kommunisten. Und die dunklen Andeutungen der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Spitzenverbände, daß weitere Parolen für die Arbeiterschaft im Kampfe gegen die Monarchisten folgen würden, sind ersetzt worden durch die klare Aufforderung an das Proletariat, den Kampf auf der ganzen Linie einzustellen und hübsch ruhig zu bleiben. Sogar die Reichstagsauflösung und selbst die Erweiterung der Koalitionsregierung durch einen Unabhängigen ist verhindert worden. Bürgerliche und sozialdemokratische Parteien glauben also, die alten geordneten Zustände seien wieder völlig hergestellt und die Bedrohungen von rechts durch ein paar papierene Gegendrohungen „erledigt".

Gewiß sind die Hoffnungen der Arbeiterschaft auf einen ernsthaften Kampf gegen die monarchistische Reaktion infolge des Kompromisses der sozialdemokratischen Parteien unerfüllt geblieben. Aber trotzdem sind die politischen Verhältnisse keineswegs die gleichen wie vor dem Rathenau-Morde.

Das Bürgertum fühlte den entschlossenen Willen der gesamten Arbeiterschaft, den Kampf gegen die Reaktion aufzunehmen. Es glaubte, zunächst durch einen Scheinkampf gegen die Monarchisten die Arbeiterschaft beruhigen zu können. Als aber das Proletariat seine Demonstrationen wiederholte und in vielen Orten des Reichs sich gar eigene Organe zur Sicherung der Republik, die Kontrollausschüsse, schuf, da fand sich das Bürgertum zusammen zur gemeinsamen Abwehr der Forderungen des Proletariats. Der Gedanke des Bürgerblocks tauchte auf, nicht nur zur Abwehr der augenblicklichen parlamentarischen Forderungen der Gewerkschaften, sondern als ein Mittel zur dauernden Niederhaltung aller proletarischen Machtansprüche. Die Deutschnationalen fühlten sofort diese ihnen von den übrigen bürgerlichen Parteien verschaffte Stärkung ihrer eigenen Position und stießen ihrerseits im Reichstage und in der Presse vor. Die infolge der Teuerung zu erwartenden Lohnkämpfe der Arbeiterschaft werden das Bürgertum weiter zusammenschweißen, und Steuerfragen und Angriffe auf den Achtstundentag werden alle bürgerlichen Parteien sehr bald noch stärker annähern als bisher.

Die Arbeiterschaft ist noch weniger als das Bürgertum unverändert aus den Kämpfen der letzten Wochen zurückgekehrt. Die SPD., die grundsätzlich auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien steht, hat es verstanden, auch die USPD. in das Schlepptau der eigenen Politik zu nehmen. Nach der letzten Kabinettskrise, im Anschluß an den Eisenbahnerstreik, unterstrich die USPD. ihre ablehnende Haltung gegenüber einem bürgerlichen Ministerium. Die koalitionsfreundliche „Freiheit"-Redaktion wurde damals durch eine koalitionsfeindliche ersetzt. Aber die Furcht vor proletarischen Kämpfen und vor jeder wirklichen Zusammenarbeit mit der KPD. hat die USPD. jetzt völlig an den Wagen der SPD. gekettet. Die SPD. lockte die USPD. zunächst mit dem Argument, daß die außerordentliche Situation den Eintritt der USPD. in das Koalitionskabinett notwendig mache. Die USPD. gab ihre alte Stellung auf und erklärte ihre Bereitwilligkeit, in das Kabinett einzutreten. Als die bürgerlichen Parteien aber die Aufnahme der USPD. ablehnten, schlug die SPD. der USPD. vor, eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft zu bilden, um die Einwände der bürgerlichen Parteien zu entkräften. Die USPD. erklärte sich mit dieser Vorbereitung zu ihrem Selbstmord wiederum einverstanden. Die bürgerlichen Parteien aber, die so nachgiebige Gegner fanden, lehnten trotzdem die Aufnahme der USPD. ins Kabinett ab. Und die USPD., die durch die grundsätzliche Aufgabe ihrer bisherigen Stellung jeden Halt verloren hat, fügte sich erneut dem Wunsch der SPD., auf den Eintritt in die Regierung zu verzichten. Das Ergebnis der geschickten Umnebelung der USPD. durch die SPD. ist so der völlige politische und in Bälde auch organisatorische Bankrott der USPD. gegenüber der SPD. Noch niemals in der Ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220721-18/fragment/page=0001

schichte der Parteien ist eine Organisation von der Größe der USPD., die doch immerhin über 200 000 Mitglieder zählt, so sang- und klanglos vor einer anderen Organisation kapituliert. Zwar glauben viele unabhängige Arbeiter, daß die organisatorische Verschmelzung der USPD. mit der SPD. eine Form der proletarischen Einheitsfront darstelle. Aber sehr bald werden alle USPD.-Arbeiter einsehen, daß der Schritt der unabhängigen Reichstagsfraktion zu einer Schwächung der Arbeiterschaft und zur Stärkung der Bourgeoisie führen wird.

Das Zurückweichen der SPD. und USPD. vor den bürgerlichen Parteien wird die klassenbewußten Arbeiter dazu führen, die Vertreterin ihres proletarischen Willens in der so viel geschmähten und verleumdeten Kommunistischen Partei zu suchen. Die KPD. wird auch jetzt noch von den übrigen Arbeiterorganisationen als Brecherin der proletarischen Einheitsfront beschuldigt. Die KPD. ist aber die einzige Partei, die es mit der Verwirklichung des von allen Arbeiterorganisationen beschlossenen Berliner Abkommens wirklich ernst meint. Die übrigen Arbeiterorganisationen haben die Mindestforderungen des Berliner Abkommens aufgegeben. Die KPD. wird an diesen Mindestforderungen festhalten und alle Kräfte des Proletariats um sich scharen, die die Durchführung des Abkommens erzwingen wollen. Die auch zur Isolierung der KPD. gedachte Vereinigung der USPD. und SPD. wird in Wirklichkeit zur Stärkung des Einflusses der KPD. in den Arbeitermassen führen.

Das deutsche Proletariat ist trotz allem Kampfwillen auch diesmal wieder den gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Führern gefolgt und hat den Kampf, noch ehe er recht begonnen, wieder abgebrochen. Aber die Enttäuschung darüber ist bis in die Reihen der SPD. hinein sehr stark, und vielfach sind die örtlichen Organisationen der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien nicht der Aufforderung ihrer Zentralen gefolgt, die Kampfgemeinschaft mit der KPD. aufzugeben. Jede neue Provokation der Monarchisten, jede neue Offensive der Unternehmer wird in den breiten Massen der Arbeiterschaft den Willen stärken, den Kampf wieder aufzunehmen mit und unter Führung der KPD. Die unüberbrückbare Gegensätzlichkeit der proletarischen und der bürgerlichen Interessen wird schließlich die proletarischen Massen davon überzeugen, daß die einzige Sicherung der Arbeiterschaft nur erreicht werden kann durch den Bruch mit der Koalitionspolitik, durch Einigung des Proletariats im Kampf gegen alle bürgerlichen Parteien.

Noch ein Trennungsstrich!

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 21. Juli.

Ein zweiter Trennungsstrich: nachdem der Deutschnationale Hennig aus seiner Partei ausgeschlossen worden ist, „schließen" sich jetzt zwei weitere Herren „aus": Wulle und Gräfe. Beide Völkische. Wulles Blättle begleitet diesen Schritt mit einer Beschreibung des Jammers, den alle drei in ihrer Fraktion auszustehen haben.

Weitere Absplitterungen stehen bevor. In einer Stadt Westdeutschlands wollen sich die Ausgeschlossenen zur Gründung einer neuen Faszisten-Partei zusammenfinden.

*

Der „Vorwärts" kann zufrieden sein. Seine Ermahnungen und Predigten wirken. Die Deutschnationalen reinigen sich, zwar nicht nach den Vorschriften der Bibel — aber wir können annehmen, daß die Deutschnationalen über kurz oder lang sich der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft präsentieren — und aufgenommen werden. Die künftigen unabhängig-abhängigen Minister werden also bald mit Helferich zusammensitzen!

Die Ermittelungen auf der Saaleckburg

Naumburg a. S., 21. Juli (WTB.) Die eingehenden polizeilichen Ermittlungen auf der Burgruine Saaleck und die ärztliche Untersuchung der Leichen der Rathenaumörder haben jeden Zweifel darüber beseitigt, daß Kern, als er am Turmfenster stand, durch einen Schuß eines Polizeibeamten getötet worden ist. Die Ermittlungen haben ferner ergeben, daß sowohl Fischer als auch Kern über der auf der Flucht beschafften Kleidung Anzüge des Bewohners der Burgruine Dr. Stein trugen, die sie in dessen Abwesenheit aus den Schränken genommen hatten, ein Beweis dafür, daß sie sich bereits auf die Fortsetzung ihrer Flucht vorbereitet hatten. Dr. Stein ist nach eingehender Vernehmung in Naumburg gestern nachmittag auf Ersuchen des Berliner Polizeipräsidiums nach Berlin übergeführt worden. Seine Frau, die mit ihrem Gatten verhaftet worden war, ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden, da ein Verdacht gegen sie nicht besteht. — Die Nachforschungen nach der Herkunft der Schrotverletzung Kerns sollen ergeben haben, daß im Kreise Lüchow auf die Mörder wahrscheinlich beim Diebstahl von Feldfrüchten geschossen worden ist.

Wie man der Reaktion zu Leibe rückt

WTB. Münster, 20. Juli.

Auf Grund von Anzeigen, daß die Ortsgruppe Münster des verbotenen Bundes der Aufrechten weiterbestehe, fanden hier Durchsuchungen statt, bei denen verdächtiges Material aufgefunden und beschlagnahmt worden sein soll. Der Schriftführer der Ortsgruppe Münster wurde festgenommen, jedoch nach Vernehmung seitens des Gerichts, das Fluchtverdacht oder Verdunkelungsgefahr nicht für vorliegend erachtete, wieder auf freien Fuß gesetzt.

Wie mag es nur kommen, daß ausgerechnet bei Deutschnationalen niemals Fluchtverdacht oder Verdunkelungsgefahr vorliegt? Offenbar beliebt das Gericht, seinerseits die Angelegenheit zu verdunkeln.

Es ist alles beim alten geblieben, die Mordorganisationen arbeiten fröhlich weiter — dank der schmählichen Haltung der Spitzenorganisationen der Arbeiterschaft.

Sie halten sich bereit

Auf den Universitäten München, Würzburg, Jena, Breslau usw. treibt der „Hochschulring" tolle Blüten. Die Mordkamarilla hat große Tage. Schießübungen werden abgehalten und vor der Reichswehr wird defiliert. Man läßt Kaiser und König hochleben. Beim feudalen Korps Palatia in München gelobte ein Senior des Korps (Kölener Senioren-Konvent) bei der Enthüllung einer Gedächtnistafel im Namen der Aktiven, sich „bereit zu halten für den Tag". Wann fordert Schwarzweißrot das nächste Opfer.

Aufgelöster Mordbund

Dresden, 21. Juli. Der Minister des Innern verbot auf Grund der Republikschutzverordnung alle Bezirks- und Ortsgruppen des Reichsbundes Schwarz-weiß-rot Südlausitz und löste sie auf.

Heizerstreik und Teno-Streikbruch in Stettin

Stettin, 20. Juli. (WTB.) Als gestern mittag der Dampfer „Swinemünde" die Fahrt nach Swinemünde antreten sollte, erschien ein Zug Streikender mit einer roten Fahne am Anlegeplatz und versuchte, das Schiffspersonal zum Niederlegen der Arbeit zu überreden. Sie erreichten auch, daß mehrere Heizer den Dampfer verließen, so daß dieser nicht abfahren konnte. Darauf stellte die Teno Heizerpersonal zur Verfügung. Der Dampfer konnte abends auslaufen. Der regelmäßige Betrieb Stettin-Swinemünde wird auch weiterhin mit Unterstützung der Teno durchgeführt.

Was tut Hörsing gegen das Mördergesindel?

Wir erhalten folgende Zuschrift eines Schupo-Wachtmeisters aus Torgau, der vor kurzem aus dem Dienst entlassen wurde, weil er seine besonderen Auffassungen über die Aufgaben der Schupo hatte:

„Nachdem wiederum ein Minister den Pistolenkugeln einer organisierten Mörderbande zum Opfer gefallen ist und das gesamte Proletariat in gewaltigen Demonstrationen seinen entschlossenen Willen zum Kampfe gegen die Reaktion gezeigt hat — da endlich fühlt sich Herr Hörsing veranlaßt, auch einen kleinen Schritt gegen die Mörderorganisationen zu unternehmen.

Wiederum einmal, wie schon so oft, hat der Schlaf des obersten Beamten der Provinz Sachsen zu lange gedauert, und es bedurfte erst Schüsse und Handgranaten, um ihn aus seiner Lethargie aufzurütteln. Hat Herr Hörsing in seiner Eigenschaft als Oberpräsident wirklich nicht vorher schon genügendes Material in Händen gehabt, um gegen den mit der Mörderorganisation identischen „Stahlhelm" einzuschreiten. Es sind ihm ja genug Berichte und Meldungen über diese Vereinigung mit ihren Zielen und Bestrebungen zugegangen, aber sie alle sind wohl den Weg des meisten Papiers gegangen: ad acta hat man sie gelegt, damit die Würmer des Bureaukratismus auch etwas zu tun haben. Der Staub der Zeit bedeckt die mahnenden Stimmen. Oder soll man annehmen, daß es Hörsing so ging, wie seiner Zeit Friedrich III. von Hohenzollern, der in seiner Eigenschaft als Großmeister der preußischen Landesloge die Insignien der Freimaurerei näher kennen lernen wollte und zu diesem Zwecke den Inhalt der Bundeslade sehen wollte. Nach langem Hin und Her, während dem man alles beseitigt hatte, was nicht für seine Augen bestimmt war, hat man ihn hineinsehen lassen. Drinnen war — nichts.

Es muß wohl schon an dem sein, daß auch Hörsing von seinen Geheimräten zum größten Teil nur das zu sehen bekommt, was sie ihn sehen lassen wollen. Die Bestätigung dessen hat ja der Zivilkommissar Kunzemann in einer internen Besprechung im Februar d. J. in Torgau gegeben. Ist dem Oberpräsidenten damals nicht Meldung erstattet worden über die dunklen Vorgänge bei der Lettow-Vorbeck-Feier im Torgauer Schützenhaus? Trotzdem die Schupo die Versammlung schützte gegen Störungen jeder Art, führten sich die Stahlhelmleute veranlaßt, aus sich heraus eine Saalbewachung in Stärke von 300 Mann aufzustellen, von denen 50 Mann von Eilenburg geholt wurden. 1½ Stunde vor der Feier trafen sich diese Leute, die durch Handschreiben benachrichtigt waren, im Café Kunstmann (Torgau) zum Empfang von Waffen (Stahl- und Gummiknüppel), die vom Gutsbesitzer Bredow (Zwethau) eigens zu diesem Zwecke gekauft waren.

Fernerhin muß dem Oberpräsidenten wohl die Haltung des „Stahlhelm" aus den Märzunruhen 1921 bekannt sein. Diese Brüder waren damals drauf und dran, da ihnen die Niederknüppelung der Arbeiterschaft zu lange dauerte, sich zu bewaffnen und es nach ihrem System zu machen. Waffen sind ja zu diesem Zwecke noch genug vorhanden, wie die neuerdings in Magdeburg und anderswo gemachten Funde bestätigen.

Auch im Februar anläßlich des Eisenbahnerstreiks schickte sich der „Stahlhelm" an, die Bahnstrecken zu bewachen, überhaupt dazu übergehen, die Ausübung der öffentlichen Gewalt: unter dem Deckmantel des nationalen Mobiles an sich zu reißen.

Waren dies alles keine Indizien, um gegen diese demagogische Vereinigung vorzugehen? Aber man hat diesen Hurrapatrioten immer das geglaubt, was sie mit lächelnder Miene sagten und sie nie nach dem beurteilt, was sie dachten. Die warnenden Stimmen übergeugter Republikaner hat man achtlos in den Wind geschlagen als übertrieben vorsichtig.

Im November vorigen Jahres habe ich in meiner Eigenschaft als damaliger Polizei-Wachtmeister der Republik einen Bericht an den Oberpräsidenten gesandt, der aber nicht die Beachtung gefunden hat, die er haben sollte. Man hat ihn ad acta gelegt, Würmer und Spinnen haben das übrige dazu getan. Mit vielen anderen hatte ich damals schon die Demagogie und Hetzarbeit erkannt, die von diesem Verband ausgeht und uns jetzt wieder nahe an den Ruin gebracht hat.

Noch heute sind mir all diese „herrlichen" Ereignisse jener letzten Oktobertage 1921 in Prettin und Lichtenburg im Gedächtnis.

Auf der einen Seite die hinter Zuchthausmauern schmachtenden politischen Gefangenen, auf der anderen ein neuer Aufmarsch der Reaktion. „Stahlhelm"-Gründungsfeier und Fahnenweihe. Großes Trara tagelang vorher in der bekannten Frischen-Guericke-Tante („Torgauer Tageblatt"). Von allen Himmelsrichtungen, sogar von Halle, strömten die „Stahlhelm"-Kandidaten mit Pferd und Wagen heran, um sich an der neu aufgehenden Sonne des nationalen Geistes zu erfreuen. Zwei große Säle hatte man eigens zu diesem Rummel gemietet. Sonnabend, den 30. Oktober 1921 war großer Kommers im Restaurant „Drei Rosen". Im Verlauf des Abends, als der in unheimlichen Mengen genossene Alkohol seine Wirkung nicht verfehlte, kam der alte „Frontgeist" offen zum Durchbruch. Zündende Reden wurden gehalten und keiner machte mehr ein Hehl daraus, was uns überzeugten Republikanern schon längst Gewißheit war. Jedoch den Höhepunkt erreichte das Fest erst am anderen Tage, dem 31. Oktober. Zu dem an diesem Tage stattfindenden Festumzug wurden wir, die damals auf Kommando in Lichtenburg befindlichen Beamten, wiederholt dringend gebeten, uns doch daran zu beteiligen, wenn möglich in Uniform. Als Vormund gab man an, daß die Feier gestört werden könnte. In Wirklichkeit wollte man die Sache auf die Art ausschlachten: Hätten wir uns an dem Umzug beteiligt, so war den Stahlhelmbrüdern ein Faktor in die Hand gegeben und laut hätten sie sich gebrüstet: „Seht, sogar die Schupo ist mit uns!"

Wo kamen all diese echten Kriegsmarine-Flaggen her mit dem alten kaiserlichen Stempel „Gstg. f. Tpbt. 2 × 3 M", die dort in dem Umzug von den Ortsgruppen geführt wurden? Verteilt sie vielleicht das Reichsmarineamt aus seinen alten Beständen? Doch da wendet man sich am besten an den Oberleutnant zur See a. D. Mikisch in Torgau, der ja mit der Bezugsquelle in naher Verbindung steht. M. ist Sekretär des Landbundes und eifriger Agitator des „Stahlhelm". Oder sollte sie vielleicht Herr Asche in seinem Torgauer Kulturamt fabrizieren?

Niemand kümmerte sich damals um das Verbot des Tragens von Uniformen, denn in vollem Ornat, feldgrau, umschnallt mit Stahlhelm, geschmückt mit allen möglichen und unmöglichen Orden, liefen Personen in dem Umzug herum. Und wie war es am 18. Juni 1922 auf dem Petersberg bei Halle? Befehl: Felduniform umgeschnallt ohne Waffe. Wie eine Maskerade wirkte der Umzug auf uns. Doch war der interne Grund zu ernst, um darüber zu lachen. Den Clou des Tages bildete die Rede des bekannten Hauptmanns Werner, der unter anderem ausführte: „Diese modernen Weltverdreher sind schuld an unserer Not. — Achtet auf einander und prüft euch und wenn ihr merkt, daß jemand unter uns ist, der nicht vom nationalen Geist durchdrungen ist, den jagt zum Teufel. — Diese Regierung können wir nicht gebrauchen, sie ist gegen uns und unsere Ideale. — Haltet treu zur Fahne, damit ihr geschlossen dasteht, wenn der Ruf an euch ergeht."

Und weiter die nahezu an Kanzelmißbrauch streifende Feldgottesdienstrede des Oberkuperintendenten Leisegang (Brettin), die ja auch dem Oberpräsidenten aus dem „Torgauer Tageblatt" bekannt sein muß.

Was ist nicht alles aufgeboten worden, um Anhänger für den „Stahlhelm" in den Reihen der Schupo zu werben. „Tretet bei, wir helfen euch weiter, wenn ihr durch die Zugehörigkeit zu uns Unannehmlichkeiten haben sollte." Als wir unserer Ueberzeugung fest blieben, da griff man uns persönlich an. Vaterlandslose Gesellen wären wir mit einer gemeinen Gesinnung. Ja, es setzte nicht an tückischen Angriffen gegen uns. Und wegen Abwehr eines solchen, wegen Hilfeleistung eines bedrängten Kameraden, mußte ich meinen Dienst bei der Schupo quittieren. Aus mahlerwegenen Gründen und im Interesse zur Aufrechterhaltung der Disziplin mußte ich gehen. Man darf eben bei der Schupo nicht seine staatsbürgerlichen Rechte voll und ganz ausüben, um dadurch nicht evtl. das Ansehen der Polizei zu schädigen.

Wird denn nun das Ansehen der Polizei gehoben, wenn sich ein Polizei-Offizier in seiner Wohnung dermaßen beträgt, daß ihm der Vermieter wegen der Vorfälle einer einzigen Nacht die Wohnung kündigen muß? Dieser Polizei-Offizier ist ja Mitglied des „Stahlhelm" und konnte in einer Offizier-Versammlung im Hotel „Stadt Hamburg" sagen: „Der aktive Offizier hat den Krieg allein siegreich geführt und ich werde meine Kerls schon wieder zu strammen Soldaten machen!" Hat das vielleicht zur Hebung des Ansehens der Polizei in den Augen der organisierten Arbeiterschaft beigetragen? **Die zielbewußte Arbeit der dem „Stahlhelm" gleichgesinnten Schupo-Offiziere muß dem Oberpräsidenten ja bekannt sein.** Der Geist dieser Leute läßt sich nicht durch Verordnungen niederhalten, denn kaum ist die Auflösung des „Stahlhelm" heraus, so haben die Drahtzieher nichts Eiligeres zu tun, als die Lauen aus ihren Reihen auszumerzen, ihr Material und neue Mitgliederlisten an verkeckten Orten unterzubringen, um desto festergefügt ihre Wühlarbeit fortzusetzen, geschlossener später der Republik den Todesstoß zu versetzen."

Ein Brot — 2170 Kronen

Brotpreiserhöhung in fünf Tagen 61 Prozent

Die Wiener „Rote Fahne" schreibt:

Vor vier Tagen, am 14. d. M., wurde die amtliche Schwindelindexziffer von 41 Prozent mitgeteilt, am selben Tage schnellte der Brotpreis von 1350 auf 1700 Kronen empor. Fünf Tage später, also heute, fordern die Brotwucherer für einen Laib Brot 2170 Kronen. Dementsprechend kostet das sogenannte Extrabrot 1950 Kronen, ein weißer Wecken 1050 Kronen und eine Semmel 140 Kronen.

Das heißt, daß in der Zeit von der Bekanntgabe der Indexziffer bis zu ihrer ersten Auszahlung, die bestenfalls am 22. d. M. erfolgt, das Brot allein zweimal ganz ungeheuerlich verteuert wurde.

Dabei ist noch besonders zu berücksichtigen, daß die Indexberechnung der Teuerung immer um einen ganzen Monat nachhinkt und diesmal übrigens betrügerischerweise um mehr als die Hälfte zu niedrig „errechnet" wurde. Die Indexziffer von 41 Prozent gilt vom 23. Juli bis 26. August.

Noch ehe aber diese neue Indexziffer zum erstenmal zur Auszahlung gelangt, wird innerhalb von fünf Tagen von niederträchtigen Profitwucherern, unter wohlwollender Duldung der Waffenregierung und dem schuldbewußten Schweigen der Sozialdemokraten, die mit der Aufhebung der Lebensmittelzuschüsse dem wahnsinnigen Brotpreiswucher den Weg freigemacht haben, der Brotpreis um 61 Prozent verteuert! Arbeiter, wollt Ihr Euch diesen Schlag mitten ins Gesicht gefallen lassen?

*

Hungerdemonstrationen in Oesterreich

WTB. Wien, 20. Juli.

Abordnungen von Betriebsräten der größten Betriebe Wiens überreichten der Regierung eine Reihe von Forderungen, darunter solche auf Verhinderung aller spekulativen Valutakäufe und auf dementsprechende Ueberwachung der Banken, Verbot aller Luxuseinfuhr und Neufestsetzung des Brotpreises. Der Führer der Abordnungen, Sozialdemokrat Seitz, verwies auf die durch die Teuerung geschaffene furchtbare Lage der Arbeiterschaft und betonte, daß es der größten Anstrengung der Betriebsräte bedurfte, um eine allgemeine Arbeitseinstellung und zwecklose Demonstrationen zu verhindern. Bundeskanzler Seipel erklärte, ein allgemeines Verbot der Luxuseinfuhr sei nicht möglich. Die Zurückziehung der nicht von der Regierung verfügten Brotpreiserhöhung sei unmöglich. Bezüglich der Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung könne die Regierung nur Verhandlungen mit den Parteien einleiten.

*

Die Demonstration der Arbeiterschaft am 19. Juli ist ruhig verlaufen. Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführern ist es gelungen, die Arbeiterschaft am folgenden Tage in den Betrieben zurückzuhalten. Die Arbeiter der Simmeringer Waggonfabrik und anderer Betriebe, die die Arbeit niedergelegt haben, wurden bewogen, in die Betriebe zurückzukehren. Ansammlungen dauerten bis spät abends. Die Erregung ist dauernd sehr groß. Die Kommunistische Partei fordert die Arbeiterschaft zum Kampf um Herabsetzung des Brotpreises auf. Sie verlangt die Wiedereinführung der Lebensmittelzuschüsse, Erfassung der Sachwerte, Beschlagnahme der Valuten- und Kirchenschätze und Erhöhung und Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung.

Die Wirtschaftskatastrophe in Oesterreich hat den Verelendungsprozeß der Arbeiterklasse unerträglich gesteigert. Das sozialdemokratische „Zurede" lähmt die Kraft des Proletariats, das nur im Kampf die eigene, nackte Existenz sichern kann. Aber an Stelle des Kampfes machen die Sozialdemokraten „die größten Anstrengungen, um eine allgemeine Arbeitsniederlegung und zwecklose Demonstrationen zu verhindern". Mit dem Erfolg dieser Bemühungen wächst auch die Not und die dumpfe, hoffnungslose Verzweiflung der verelendenden Massen.

Der Mord an Wolodarski

Moskau, 17. Juli 1922.

Das Tribunal geht zur Untersuchung der Ermordung Wolodarskis durch die Kampforganisation der SR. über und verhört das Mitglied der Kampforganisation Sergejew. Der Organisator der Ermordung, Semenow, schildert in allen Einzelheiten die Tätigkeit der terroristischen Organisation, die im Einverständnis mit den Mitgliedern des Zentralkomitees der SR., Goz, Donskoj und Rabinowitsch entfaltet wurde. Ein Teil der Organisation war nach Moskau entsandt worden, um die Attentate auf Lenin und Trotzki vorzubereiten; der andere Teil war unter der Leitung von Goz in Petrograd damit beschäftigt, die Vorbereitungen zur Ermordung Sinowjews und Wolodarskis zu treffen. **Nach der Ermordung Wolodarskis hatten Goz und Rabinowitsch ihre Haltung gegenüber den Mitgliedern der Kampforganisation plötzlich geändert** und sich geweigert, die Ermordung Wolodarskis als einen Akt der Partei anzuerkennen. Semenow erklärte diesen Schritt mit der Furcht des Zentralkomitees vor den Sowjetbehörden. Goz gibt zu, seine Zustimmung zur Bildung der Kampforganisation gegeben zu haben, behauptet aber, daß er die terroristischen Handlungen Semenows nie autorisiert habe, da die Kampforganisation für die Wolgafront bestimmt gewesen sei. Die Artikel von Tschernow und Rabinowitsch und das Kreuzverhör von Goz belenchten die Mangelhaftigkeit der Auslagen Goz', und dieser selbst bestätigt die Tatsache, **daß das Zentralkomitee die Ermordung moralisch gebilligt und den Mördern ihre vollen Parteirechte belassen habe.** Der Angeklagte Koslow gibt seine Teilnahme an der Kampforganisation zu und beschuldigt die Entrüstung der SR.-Kämpfer über die Solidaritätsverweigerung des Zentralkomitees mit den Terroristen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220721-18/fragment/page=0002

Wie man die Italienische Sozialistische Partei zerstört hat

Von G. Sinowjew (Moskau)

Proletarische Parteien, Arbeiterorganisationen, alle, denen die Interessen des Proletariats nicht nur mit Worten, sondern in der Tat teuer sind, schaut auf das Schicksal der Italienischen Sozialistischen Partei, versucht es zu erforschen, wie die PSI. zerstört wurde!

Vor zwei Jahren war diese Partei noch eine mächtige, wie es schien, eine im Aufblühen begriffene Partei. Vor zwei Jahren Und seht! Jetzt haben wir den völligen Zusammenbruch dieser Partei erlebt. Statt einer schönen starken Partei ist sie jetzt ein Trümmerhaufen geworden. Selbst die pessimistischsten Prophezeiungen der Kommunistischen Internationale sind nur allzu rasch Wirklichkeit geworden. Die Italienische Sozialistische Partei ist als sozialistische Partei für immer verschwunden.

Wie ist das geschehen?

Vor zwei Jahren, vor der Spaltung in Livorno bestand die Partei ungefähr aus folgenden Elementen: Einige zehntausend vorgeschrittene revolutionäre Proletarier, voll Begeisterung und Kampflust, einige zehntausend revolutionär gesinnte Arbeiter, die aber politisch noch nicht erprobt, unerfahren und zu pazifistischen Illusionen geneigt waren. Wenn Ihr noch zu diesen zwei Gruppen einige tausend kleinbürgerliche Mitläufer, dann noch die Gruppen der parlamentarischen Führer, politischen Funktionäre, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbeamten der kleinbürgerlichen Intelligenz, im ganzen 5000 Personen, hinzurechnet, steht die alte Sozialistische Partei vor Euch.

Vor Livorno waren zwei entschiedene politische Gruppierungen innerhalb der Partei vertreten: auf der einen Seite standen die Kommunisten, auf der anderen die Reformisten. Die Mitte nahm die Zentrumsfraktion der „Maximalisten" ein, deren Parole die unbedingte Einheit war, und die zu jener Zeit die Mehrheit der Partei hinter sich hatte. Und diese Fraktion war die ausschlaggebende. Sobald die Fraktion Serrati mit den Reformisten ging, war das Urteil der PSI. unterschrieben, ihr Schicksal besiegelt. Auf den Schultern der Zentristen erhoben sich die Reformisten. Die Zentristen bildeten sich ein, daß sie nur einen Finger den Reformisten gereicht haben, die Reformisten aber fesselten sie bereits an Händen und Füßen.

Die Geschehnisse zeigen folgenden sozialen Sinn: Die Gruppe der kleinbürgerlichen Intelligenz, der Gewerkschaftsbeamten, der Parlamentarier, Journalisten, Advokaten half sich nur auf 5000 Parteimitglieder, aber diese Gruppe war durch tausend Bande mit der großen und kleinen Bourgeoisie verkrickt; eine typische Gruppe der im Dienste der Bourgeoisie stehenden „Arbeiterleutnants". Aber als Vortrupp der Bourgeoisie im Lager der Arbeiter kann sie unter gewissen Bedingungen eine sehr große Kraft darstellen.

Und diese Bedingungen hatte für die erwähnte Gruppe der kleinbürgerlichen Reformisten die Serrati-Fraktion geschaffen. Es ging eine gewisse Arbeitsteilung vor sich. Die Reformisten spielten beinahe ganz unverhüllt das Spiel der Bourgeoisie, während Serrati aus vollem Halse schrie, daß er gegen den Reformismus, aber für die Einheit der Arbeiter ist. Und all dies geschah, als die halbausländische Bewegung der Arbeiter, die in der Besetzung der Fabriken zum Ausdruck kam, besiegt wurde, als der blutdürstige Faszismus seinen Kopf erhob und der wilde Angriff des Kapitals einsetzte.

Die Bourgeoisie hatte einen raschen und wirklichen Erfolg. In Livorno bestand die Mehrheit äußerlich nicht aus Reformisten, sondern aus „unversöhnlichen Revolutionären" mit Serrati an der Spitze. Die Reformisten machten eine feierliche Grimasse und „unterordneten sich" mit gehorsamer Miene der zentristischen Mehrheit. Sie hatten ja schon zu dieser Zeit die Mehrheit der Gewerkschafts- und Genossenschaftsfunktionäre und der parlamentarischen Fraktion hinter sich. Nachdem sie den faktischen Ausschluß des unversöhnlichen proletarischen Teiles der Partei erreicht hatten, haben sich die Reformisten mit Hilfe von Serrati noch mehr an die Besetzung ihrer Stützpunkte in der Gewerkschafts- und Genossenschaftsführung und in der parlamentarischen Fraktion herangemacht. Kaum mehr als ein Jahr ist verflossen und die Reformisten sind jetzt unumschränkte Herren der Situation. Sie haben den übrigen Teil der Partei zerlegt und demoralisiert; sie verfügen in materieller Hinsicht beinahe über die ganze Parteipresse; sie haben die bürgerlichen Verbindungen und die Gewerkschafts- und Genossenschaftsfunktionäre hinter sich.

Es kam aber die Zeit heran, wo die Reformisten ihre Masken ablegten. Sie bemächtigten sich der wichtigsten Positionen der alten Partei, gaben den wankenden Serratianern einen Fußtritt und stellten den offenen „Kollaborationismus" (Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie) auf die Tagesordnung. Sie wollen nicht nur eine tatsächliche Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, sie wollen ihre Ehe mit den Kapitalisten legalisiert haben. Turati und Co. wollen nicht mehr bloß wirkliche Minister sein, sie wollen, daß man sie auch „de jure" anerkennt.

Die Faszisten greifen an, die Faszisten ermorden die Arbeiter in jeder Stadt, die Faszisten bilden aus Galgenstricken eine regelrechte bürgerliche Armee und in Wirklichkeit herrschen die Faszisten über Italien. Und nun dachten die Reformisten ein einfaches Mittel zur Vernichtung der Faszisten aus: Um den Faszismus zu vernichten, muß . . . mit ihnen ein Bündnis abgeschlossen werden, man muß ins bürgerliche Ministerium eintreten, man muß die Macht mit denjenigen, aus deren Mitte der Faszismus herauswuchs — mit der Bourgeoisie — teilen.

Solange Serrati u. Co. die kleinste Möglichkeit hatten, zu beweisen, daß „ihre" italienischen Reformisten den Reformisten anderer Länder gar nicht ähnlich sind, daß sie mit dem Milleranismus nichts gemein haben, erfüllte Serratti diese Aufgabe nicht aus Furcht, sondern aus „Ueberzeugung". Jetzt aber hatten Turati, Modigliani u. Co. ihren gehorsamen Diener Serrati dieser Möglichkeit unwiderruflich beraubt. Er kann nicht mehr behaupten, daß die italienischen Reformisten überhaupt keine Reformisten sind. Der Mythus der „unbefleckten Empfängnis" der italienischen Reformisten wurde zerstört. Serrati war gezwungen, sich seiner „Intransigenz" zu erinnern. Sogar Serrati, von dem die italienischen revolutionären Arbeiter schon lange sagten: „Wenn Du Serrati ins Gesicht spuckt, so wird er sagen, daß es Gottes Regen war", sogar dieser Serrati konnte die jetzige Spucke nicht in Regen verwandeln. Es blieb ihm nichts übrig, als zu versprechen, daß er irgendeinen sichtbaren Kampf gegen die Reformisten beginnen werde.

Die Reformisten aber sind während dieser Zeit schon so frech und zügellos geworden, daß sie sich nicht einmal mit einer solchen Opposition Serratis abfinden wollen. Und da die formellen Machtmittel der Parteiführung sich noch immer in den Händen des papiernen ZK. befinden, haben sich die Reformisten zu einem energischen Schritt entschlossen. Wenn es sich um einen Kampf gegen den Sozialismus handelt, können die Herren Reformisten genügend Energie aufbringen. Die Reaktionäre unter den Reformisten sind Männer der Tat und keine Schöngeister.

Die „sozialistische" Parlamentsfraktion beschloß mit Stimmenmehrheit, daß sie sich dem ZK. nicht mehr unterordnen wird. Turati und Mondigliani haben unter dem Joche der „Parteidisziplin" genug gelitten, jetzt haben sie sich entschlossen, sich mit vollem Dampfe auszuwirken. Turati und Modigliani machten die Rechnung: 107 Popularisten, 80 Sozialisten plus 35 Nittianer plus 25 autonome Reformisten, plus 20 Ueberläufer aus dem Lager der Giolittianer, das macht aus: 267 Abgeordnete. Es ist eine parlamentarische Mehrheit, mit deren Hilfe man ein neues Koalitionsministerium bilden könnte. Was können dieser Berechnung die Erwägungen über die Parteidisziplin und den Mehrheitswillen der organisierten Arbeiter gegenüberstellen?!

Und nun gehen die Reformisten an die Arbeit. Indem sie bisher während langer Jahre nur im Stillen arbeiteten und auf die Zentristen von unten herauf schauten, zeigten sie jetzt ihre Zähne. Die parlamentarische Gruppe verjagte beinahe alle Zentristen, sie wählte sich eine neue Direktion und ernannte zum Sekretär den Reformisten Baldesi, einen der Führer der CGL. (italienische Gewerkschaftszentrale), den Liebling der Bourgeoisie, der, wenn es darauf ankommt, die Kommunisten mit einer größeren Wucht verfolgen wird, wie es die jetzige Polizei und die Faszisten tun. D'Aragona u. Co., die der sozialistischen Partei hundertmal Treue geschworen hatten, zerrissen jetzt den geschriebenen Vertrag und treten offen als selbständige Macht auf. In der Partei herrscht ein vollständiges Chaos. Das Serratianische ZK. hat sich beinahe in zwei gleiche Hälften geteilt (13 gegen 12), es haben sich Gruppen, Untergruppen, Fraktionen und Unterfraktionen gebildet: Maximalisten, Konzentrationisten, Zentristen, Reformisten usw. usw. Bloß eine Gruppe unter der Führung von Maffi, Lazzari und Riboldi — drei Genossen, die voriges Jahr dem 3. Kongreß der Kommunistischen Internationale beiwohnten — führen einen mehr oder weniger entschlossenen Kampf gegen die Reformisten. Die Zentristen, die noch vor einem Jahre die Herren der Lage waren, sind jetzt vor das Dilemma gestellt: entweder Lakaien der Reformisten zu werden oder aus der Partei auszutreten.

Wenn Serrati noch den kleinsten Rest revolutionären Selbstbewußtseins bewahrt hätte, müßte er jetzt vor der ganzen Welt seinen Fehler gestehen. Daß er dies tun wird, ist aber höchst unwahrscheinlich. Viel wahrscheinlicher ist, daß die italienischen Zentristen ihr Schicksal mit dem internationalen Zentrismus verbinden werden. In einer oder der anderen Form werden sie fortfahren, das Wasser auf die Mühlen der Reformisten zu treiben. Der Reformist für den Kapitalisten, der Zentrist für die Reformisten: dies ist die anschauliche Formel, die auf die Geschichte der Italienischen Sozialistischen Partei anzuwenden ist.

Soll dieses schreiende Beispiel durch die internationale Arbeiterbewegung ganz unbeachtet bleiben? Soll es nicht wenigstens den französischen Genossen als Lehre dienen, die sich noch immer nicht überzeugt haben, daß es notwendig ist, mit den zentristischen oder halbzentristischen Elementen ein für allemal zu brechen. Serrati fand das beste Mittel, womit seine eigene Partei am raschesten zerstört werden konnte. Er sollte diese Erfindung patentieren lassen. Serrati verdient unbedingt eine Prämie dafür, daß er auf so anschauliche Art das gegenrevolutionäre Wesen des Zentrismus darstellen konnte. Kautsky ist der Theoretiker, Serrati der Praktiker und „Politiker" des Zentrismus. Beide treiben das Wasser auf die Mühlen der Reformisten. Man muß ganz blind sein, wenn man dies heute noch immer nicht sieht.

Die italienischen Arbeiter werden selbstverständlich nichtsdestoweniger genügende Kraft finden, um sich nach dem ihnen durch die Reformisten und Zentristen zugefügten Schlage wieder aufrichten zu können. Sie werden die Krisis überwinden. Sie beginnen jetzt massenweise in die Kommunistische Partei einzutreten, und früher oder später werden sie die Reformisten und die Bourgeoisie doch besiegen und die proletarische Diktatur verwirklichen.

Möge das Beispiel der ISP. alle aufrichtigen sozialistischen Arbeiter überzeugen, daß die wirkliche Rolle der Zentristen besonders darin besteht, den herbeigewünschten Moment des Sieges des Proletariats aufzuschieben, seinen Kampf zu erschweren, die Zahl der erforderlichen Opfer zu erhöhen, die Leiden und Qualen der Proletariermassen zu steigern. Mögen das die vorgeschrittenen Arbeiter je eher verstehen, und dann werden sie mit harter proletarischer Hand den internationalen Zentrismus auf den Misthaufen der Geschichte werden.

Schluß mit der Auslieferungsschmach!

Berlin, 21. Juli.

Die „B. S.-Korrespondenz" teilt mit, daß dem italienischen Arbeiter Francesco Ghezzi, der sich seit dem 28. April (!) im Gewahrsam des Berliner Polizeipräsidiums befindet, weil die italienische Regierung seine Auslieferung wegen des bekannten Mailänder Bombenattentats verlangt, eine direkte Beteiligung an dem Attentat von der Mailänder Justizbehörde nicht mehr zur Last gelegt wird. Er soll nur noch wegen „Teilnahme an einer verbrecherischen Vereinigung" und „unerlaubten Besitzes von Explosivstoffen" vor Gericht gestellt werden. Auf Anregung des Verteidigers werde jetzt das preußische Ministerium des Innern das Verhandlungsprotokoll und den Wortlaut des Urteils gegen den früher ausgelieferten und zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Boldrini einfordern, um daraus die erforderlichen Schlüsse zu ziehen, ob Ghezzi als gemeiner oder politischer Verbrecher zu betrachten sei und demnach seine Auslieferung zu erfolgen habe oder nicht.

*

Das Verhalten des preußischen Innenministeriums unter dem Sozialdemokraten Severing ist so unerhört, daß sogar die bürgerliche Berliner „Volkszeitung" dagegen Front macht. Nur durch die Absicht, unter aller Umständen Ghezzi in Haft zu behalten und der italienischen Regierung willfährig zu sein, kann dies Verhalten erklärt werden. Daß die Ghezzi zur Last gelegten Delikte politischer Natur sind, unterliegt auch nicht dem geringsten Zweifel. „Wir kennen die verbrecherische Vereinigung," schreibt die „Volkszeitung", „es war eine syndikalistische Organisation, an deren politischen Charakter kein Zweifel ist. Falls er Sprengstoffe besaß, so wissen wir den Grund — sie sollten politischen Zwecken dienen. Die Fragen, ob der syndikalistische Gedanke berechtigt, ob Sprengstoff ein geeignetes politisches Kampfmittel ist, stehen hier nicht zur Debatte."

Wir verlangen die sofortige Freilassung Ghezzis und die Ablehnung des Auslieferungsantrags, da der politische Charakter des Vergehens nunmehr einwandfrei festgestellt ist. Die deutsche Arbeiterschaft hat genug von der Auslieferungsschmach!

Ausland

Pilsudskis Machtkampf

PTB. Warschau, 20. Juli.

Die Ziviltanzlei des Staatschefs veröffentlicht folgende Mitteilung über die Audienz Korfantys: „Am 19. Juli hat Abgeordneter Korfanty dem Staatschef die Liste des von ihm vorgeschlagenen Kabinetts vorgelegt. Der Staatschef verwies auf sein Schreiben vom 14. Juli an den Präsidenten des Sejm, in dem er erklärt hatte, er könne mit Korfanty an der Bildung eines Kabinetts nicht mitwirken, und kündigte seinen Rücktritt an. Bezüglich seines weiteren Vorgehens verwies der Staatschef Korfanty an seine Auftraggeber."

Die Weigerung Pilsudskis, die Ernennung des Kabinetts Korfanty zu unterzeichnen, verschärft die Situation. Die sozialistische Partei (SPD.) hat zu einem eintägigen Generalstreik aufgerufen. Die estnische Telegraphenagentur will wissen, daß die Kommunistische Partei zum Zwecke des Kampfes gegen die Reaktion mit der PPS. zusammengehe. Wir können diese Nachricht weder bestätigen noch dementieren. Wir bezweifeln es aber, daß die PPS. gegen die Reaktion ernstlich kämpfen will. In diesem Falle wäre ihr die Kommunistische Partei nur eine lästige „Kontrollinstanz".

Es ist schwer abzusehen, in welchen Formen der Machtkampf zwischen Pilsudski und Korfanty sich weiter entwickeln wird. Die „Rzeczpospolita" will wissen, daß der Führer der Rechten, Sejmmarschall Trompczynski, Pilsudski aufmerksam gemacht habe, daß er als ausführendes Organ für die Sejmbeschlüsse kein Recht habe, die Ausführung des Sejmbeschlusses über die Berufung Korfantys zu verweigern. Pilsudski soll auf die Frage, ob er bereit sei, sogleich die Konsequenzen aus seiner Weigerung zu ziehen, geantwortet haben: „Vorher sei noch vieles zu erledigen." „Rzeczpospolita" faßte diese Worte Pilsudskis als Ankündigung sehr ernster Dinge auf. Es ist anzunehmen, daß Pilsudski versuchen wird, auf das Heer gestützt, die Entscheidung zugunsten der eigenen Macht zu beschleunigen. Man spricht auch bereits von einer neuen Kandidatur zum Ministerpräsidenten, dem gewesenen Kriegsminister Sosnkowski, einem Vertrauensmann Pilsudskis.

Der Massenstreik in Amerika

Neuyork, 21. Juli. **Der Streik greift weiter um sich. Die Gouverneure beraten über einen gemeinsamen Schutz für die Gruben. Durch die Kohlenknappheit entstehen Heizungsschwierigkeiten für die Seeschiffe. Es herrscht Warenmangel. 400—500 Züge werden täglich eingestellt. Es finden erneut Aufruhrszenen mit Plünderungen statt. Der gewerkschaftliche Vollzugsausschuß, einschließlich Gompers, erläßt einen Aufruf an die gesamte Arbeiterschaft, die Streikenden zu unterstützen.**

Streiks in Spanien

Oviedo, 18. Juli. **Da die Arbeiter die von den Arbeitgebern vorgeschlagene zehnprozentige Lohnherabsetzung abgelehnt haben, sind die Verhandlungen nunmehr endgültig abgebrochen worden. Der Streik geht in Asturien weiter. In Bilbao droht aus dem gleichen Grunde ein Bruch zwischen den Metallarbeitern und den Hüttenbesitzern.**

Lohnstreik in indischen Webereien

Kalkutta, 20. Juli. 28 000 Arbeiter der Jutewebereien in Kamarhati, Khardah und Titighur sind in den Streik getreten. Sie verlangen Lohnerhöhung.

Gewerkschaftsbewegung

Gegen eine Verleumdung der „Metallarbeiter-Zeitung"

Die „Metallarbeiter-Zeitung", das Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, bringt in ihrer Nummer vom 15. Juli d. J. eine Notiz aus Roswein i. S. über Erfahrungen, die die Beitragskassierer bei dem Verkauf der Extramarken gemacht haben. In dieser Notiz wird behauptet, daß die Kommunisten gegen die Bezahlung der doppelten Beiträge gearbeitet hätten mit der Begründung, daß dies zwecklos sei, weil ja der süddeutsche Streik sowieso verloren gehe.

Zu dieser Notiz ist zu sagen, daß die kommunistischen Genossen bei aller Betonung, daß der Kampf der süddeutschen Metallarbeiter nur erfolgreich geführt werden kann, wenn die gesamte süddeutsche Arbeiterschaft ihnen durch Anwendung aller Mittel zur Seite steht, doch dem Verband durch Aufbringung größter Mittel die Möglichkeit zu weitgehendster finanzieller Unterstützung der Streikenden gegeben werden müsse. Aus der Tatsache, daß einige angeblich kommunistischen Kollegen sich gegen die doppelten Beiträge gewehrt hätten, kann man unmöglich den Schluß ziehen, den die Notiz in der „Metallarbeiter-Zeitung" darlegt.

Die politische Neutralität der Reichsgewerkschaft im Allgemeinen Deutschen Beamtenbunde

Vom Pressedienst der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter wird uns geschrieben:

In der Tagespresse mehren sich fälschliche Darstellungen darüber, daß die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter durch ihren Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund ihre parteipolitische Neutralität aufgegeben habe. Abgesehen davon, daß die vorläufigen Satzungen des genannten Bundes auch für diesen ausdrücklich die religiöse und parteipolitische Neutralität festlegen, wie der Presse wiederholt mitgeteilt worden ist, soll hier noch einmal in aller Klarheit festgestellt werden, daß der Allgemeine Deutsche Beamtenbund nicht nur von sozialistisch geleiteten Verbänden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB.) und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa) gegründet wurde, sondern aus den Bedürfnissen und den eigenen Kräften der rein gewerkschaftlich eingestellten und parteipolitisch unabhängigen deutschen Beamtenschaft entstand.

Siege der Landarbeiter

Einem Bericht aus Schleswig-Holstein entnehmen wir, daß die Landarbeiter im Kreise Stormarn die Arbeitgeber auf die Knie zwangen. Der Erfolg ihres Streiks kommt in folgendem Schreiben des Arbeitgeberverbandes von Eichede an die Ortsgruppe Eichede des DLV. zum Ausdruck:

„Es verpflichten sich folgende Arbeitgeber, ihren Arbeitskräften vom 13. Juli an 100 Prozent Lohnaufschlag auf den Barlohn zu zahlen bis zur endgültigen Entscheidung, die am 18. Juli in Kiel fällt: J. Ove, R. Stahmer, Witwe Sengelmann, L. Haase, Witwe C. Martens, E. Rickert, P. Appel, W. Meiners, H. Apel, K. Hünten, Witwe Stahmer, H. Plate, P. Brockmüller, A. Willhöft. Gleichzeitig haben sich die Arbeitgeber C. Haak und P. Albers aus Mollhagen und in Springe der Arbeitgeber H. Martens bereit erklärt, den 100prozentigen Lohnaufschlag zu zahlen. Weitere Arbeitgeber sind in Kenntnis gesetzt.

J. A.: J. Ove."

Die Landarbeiter im Kreise Stormarn haben die der Verbandsbureaukratie des DLV. mangelnde Initiative durch ihre eigene Initiative ersetzt. Die DLV.-Bureaukratie verlagte, wie immer, auch in diesem Streik. Der Gauleiter Hansen (Kiel) des DLV. hat der Streikleitung mitgeteilt, daß er den Streik nicht anerkenne. Wir sind gespannt, ob der Gauleiter Hansen auch diesmal, wie in früheren Fällen, dazu übergehen wird, auch die Erfolge der Landarbeiter nicht anzuerkennen und die durch den Streik errungenen Löhne gemeinsam mit dem Arbeitgeber wieder herabzusetzen. Nachdem die Landarbeiter den Machtdünkel der Arbeitgeber gebrochen haben, müssen sie auch aufräumen mit den Hansen und Konsorten.

Paeplows Niederlage in Leipzig

In zwölf Bezirksversammlungen nahmen die Leipziger Bauarbeiter zu dem Ergebnis des Verbandstages Stellung. In allen Versammlungen wurden Entschließungen angenommen, die die bedingungslose Wiederaufnahme aller Ausgeschlossenen, die Einberufung eines auf demokratischer Grundlage zustande gekommenen außerordentlichen Verbandstages verlangen. Die Versammlungen wandten sich vor allem gegen die Abführung von 5 Prozent des Beitrages an die sozialen Baubetriebe, sowie gegen die Nichtanerkennung der Berliner und Leipziger Delegierten zum Verbandstag.

Einen großen Reinfall erlebte die Verbands-Bureaukratie vor dem bürgerlichen Gericht. Die Paeplow-Jünger wollten einen Gerichtsbeschluß herbeiführen, nach dem den Ausgeschlossenen der Besuch der Mitgliederversammlungen, auch wenn die anwesenden Mitglieder dies beschlossen, verboten werden soll. Unsere Genossen hatten durch Unterschriftensammlung zwei Drittel der Leipziger Bauarbeiter gegen dieses Vorgehen ihrer Angestellten mobil gemacht und diese Unterschriften dem Gericht vorgelegt. Das Gericht bewies in diesem Falle mehr Einsicht als die Amsterdamer Arbeiterführer und wies den Antrag der Beamten kostenpflichtig ab.

Ein entgleister Postzug. Moskau, 18. Juli. Zwischen den Stationen Romanow und Perschemowka ist infolge Zerstörung des Gleises durch Banditen der zur polnischen Grenze fahrende Postzug entgleist, 14 Tote, fünf Schwer- und 14 Leichtverletzte konnten geborgen werden. Die Zahl der Toten läßt sich noch nicht genau feststellen. Vier Waggons, die voll besetzt waren, sind völlig verbrannt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220721-18/fragment/page=0003

Herren-Hüte - Sportmützen - Regattamützen

größter Auswahl zu mäßigen Preisen

2970

Herold & Schröder

Gr. Steinstr. 33
Gr. Ulrichstr. 10

Operetten-Theater.

Auf stürmisches Verlangen!

„Der Vielgeliebte"

Sonnabend: Erstaufführung:

„Der heilige Ambrosius"

Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Kasse ab ½10 (Tel. 6183) ununterbroch. geöffnet

K · P · D

Kommunistische Partei Deutschlands

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Montag, den 24. Juli, im Sekretariat: **Wichtige Sitzung der Ortsleitung.**

Kommunist. Fraktion der Schneider. Sonnabend, den 22. Juli, abends 8½ Uhr, im kleinen Zimmer der „Produkt.-Genossenschaft": **Sitzung.**

Belegschaft der Freyberg-Brauerei. Sonntag, den 23. Juli, vormittags 9½ Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft: **Sitzung.**

Halle-Saalkreis.

Diemitz. Sonnabend, den 22. Juli, im „Gesellschaftshaus": **Mitgliederversammlung.**

Kleinkugel-Naundorf. Sonnabend, d. 22. Juli, abds. 8 Uhr, im Gasthof Brill, Naundorf: **Mitgliederversammlung.**

Merkewitz. Sonnabend, 22. Juli, abds. 8 Uhr, im Gasthof „Rotes Haus": **Mitgliederversammlung.**

Nauendorf. Sonnabend, 22. Juli, abds. 8 Uhr, im Gasthof Hujum: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Religion, Kirche u. Schule." Referent: Genosse Kukuk.

Mansfelder Seekreis.

Alsleben. Sonntag, 23. Juli, nachm. ½1 Uhr, in der „Zentralhalle": **Parteifest.** Redner: Genosse W. Rößling (Halle).

Kreis Merseburg.

Kötzschen-Beuna. Sonntag den 23. Juli, abends 8 Uhr: **Mitgliederversammlung.** Wichtige Tagesordnung.

Dürrenberg. Freitag, den 21. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof Vortitz: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Zeitz.

Grana. Sonntag, 23. Juli, nachm. 4 Uhr, im Gasthof Hauschild: Sehr wichtige **Mitgliederversammlung.** Tagesordnung wird dort bekannt gegeben.

Zeitz. Sonntag, den 23. Juli, vorm. 9 Uhr: **Oeffentl. Versammlung.** Thema: Die politische Lage. Referent: Genosse Anton Wild, Leipzig.

Rehmsdorf-Rumsdorf. Sonntag, den 23. Juli, nachm. 3 Uhr, im Gasth. Ruhmsdorf: **Oeffentl. Versammlung.** Referent: Gen. Anton Wild, Leipzig.

Kreis Weißenfels.

Bad Schmiedeberg. Sonntag, den 23. Juli, nachmittags 3 Uhr, im „Schützenhaus": **Mitgliederversammlung.**

Kreis Sangerhausen.

Stollberg. Sonnabend, 22. Juli, abds. 9 Uhr, im Gasthof: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Genosse Hempel.

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen und hierzu **Drucksachen** benötigen, sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Große

Sowjetsterne

in Bronze eingetroffen. F

Preis: 35,00 Mark.

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H.

Abt.: Bezirks-Zentralbuchhandlung, Halle (Saale), Lerchenfeldstr. 14.

Fortbildungs-Schulbücher

Schulbücher, Modezeitungen Jugendschriften,

empfiehlt die **Volksbuchhandlung**

Vereine

benötigen **Drucksachen!** Bestellt dieselben bei der Produktiv-Genossenschaft Halle a. S., Lerchenfeldstr. 14. Fordert Offerten ein.

Arbeiter-Sänger-Chor. Heute: **Singestunde**

Giebichensteiner Arbeiter-Liedertafel

Vereinslokal: „Lüderitzberg", Reilstr. Jeden Freitag, abends 8 Uhr: Singestunde.

Frauen- u. Mädchenchor. Jeden Donnerstag, abd. 8 Uhr, im „Volkspark": Singestunde.

Zentralv. prol. Freidenker. (Ortsgruppe Halle). Jeden Mittwoch nach d. 15., in der „Produktiv-Genossenschaft": Mitglieder-Versammlung. Gäste stets willkommen.

I. Hall. Mandolin.-Orchester Uebungsstunde: Jeden Freitag, abends 7 Uhr, im Zeichensaal (Charlottenschule).

Die Naturfreunde. Stadth.: Weidenpl. 20. Täglich geöffnet von 4 Uhr ab. Geschäftsstunden: Freitags von 6—10 Uhr, im Heim. Gruppenabende: Jeden Dienstag von 7 Uhr ab u. zwar: Norden im Volkspark, Mitte im Heim, Ecke Laurentius- u. Breitestraße, Süden i. d. Prod.-Genossensch.

Arb.-Samarit.-Kol. Halle Freitag, den 21. Juli: Uebung a. Bahndamm Galgenberg. Treffpunkt: Ecke Reil- und Gr. Brunnenstraße u. ½8 Uhr. Bei Regen: Charlottenschule. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Internationaler Bund aller Kriegsopfer, Ortsgr. Halle. Jeden Mittwoch nach dem 1. in der „Produktiv-Genossenschaft": Mitgliederversammlung. Montags u. Donnerstags jed. Woche, abds. 5—7 Uhr, im Bureau, im Gewerkschaftshaus, Harz 42/44, 2 Treppen Zimmer 15: **Rechtsauskunft.**

Proletar. Kultur-Vereinigung, Halle. Lokal: Lüderitz Berg. Sonntag, früh 7 Uhr, im Landheim: Arbeitstrupp. Um 2 Uhr, ab „Lüderitz Berg": Nachmittags-Tour. Dienstag, ½8 Uhr, in „Lüderitz Berg": Diskussionsabend. Mittwoch, ½8 Uhr, in „Lüderitz Berg": Uebungsst. der Musikabteilung.

Dtsch. Arbt.-Abstin.-Bund. Ortsgruppe Halle. Geschäftsstelle: Zinksgartstraße 15. Mittwoch, den 26. Juli, abds. 8 Uhr, i. „Volkspark": Außerordentl. Mitglieder-Versammlung. Das Erscheinen aller ist Pflicht. Jeden Donnerstag, ab. 7 Uhr: Arbeits-Gemeinschaft.

Arb.-Radfahrer-Bund „Freiheit". Versammlungen: **Stern:** Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. im Monat. **Vorwärts:** Freitag all. 14 Tage. Sonntag: Ausfahrt n. Reideburg. Abfahrt mittags 1 Uhr, vom Riebeckplatz.

Arbeit.-Radfahr.-Bund Solidarität, Ortsgr. Halle Sonntag, den 23. Juli, Tour n. Leipzig. Abfahrt: Früh ½6 Uhr, vom Riebeckplatz. Freitag, den 28. Juli, im „Volkspark": Versammlung.

Allgem. Arbeiter-Union. (Reichsunion).

Sportklub 1909. Vereinslokal: Zur Blume, Torstraße 29. Uebungsstund.: Schülerabteilg. Freitags 6 bis 8 Uhr. Jugendabteilung Freitags 8—10 Uhr. Männerabteilung Sonnabends 8-10 Uhr. Versammlungen jed. Dienstag nach d. 1. im Mon.

Arb.-Schwimmverein Halle a. d. S., Mitgl. d. Arb.-T.- u. Sp.-B. Uebungsstunden: Dienstags und Freitags jeder Woche im „Florabad": 5—6 Uhr Schüler und Schülerinnen. ½7—8 Uhr Männer u. Frauen. Sonnabend, 23. Juli, abds. 7½ Uhr, in der „Prod.-Genossenschaft": Erweiterte Vorstandssitzung. Sonntag, 24. Juli, früh 6 Uhr: 1000-Meter-Schwimmen. Treffpkt. im „Florabad."

Allgem. Arbeiter-Union. (Rev. Betriebs-Org.). Freitag, den 21. Juli, ½8 Uhr, im „Volkspark": Mitglieder-Versammlung. Daselbst: Kassenstunden.

Komm. Jugend. Jugendh.: Rathausst. 16. Geöffnet v. ½7 Uhr an. Heute, Freitag, abends 8½ Uhr, i. „Volkspark": Ordentl. Generalversammlung. Erscheinen aller ist Pflicht. Mitgliedskarte als Ausweis mitbringen. Sonntag: Fahrten nach dem Bodetal u. Burgliebenau i. d. Aue. Bodetal: Sonntag, früh ¼4 Uhr: Treffen am Bahnhof. Rückkehr geg. ¾10 Uhr abends. Preis 28 Mk. Anmeldungen heute abend in der Versammlung. Burgliebenau: Gruppe Nord, 6 Uhr: Mettiner Platz; Gruppe Zentrum, 2 Uhr: Hallmarkt; Gr. Süd, 2 Uhr: Rannischer Platz.

Kommun. Kindergruppe Heim: Rathausstr. 16. Am kommenden Sonntag findet kein Ausflug statt. Arbeitsgemeinschaften d. Gruppen Nord und Zentrum fallen aus. Mittwoch: Alle Gruppen auf der Peißnitz. Dienstag, 25. Juli, nachmitt. pünktlich ½6 Uhr: Arbeitsgemeinschaft. d. Grupp. Süd u. Zentrum in der Lerchenfeldstr. 14.

Kom. Arbeiter-Jugend Ortsgr. Halle a. d. S. Sonnabend, ab. 7 Uhr: Funktionär-Kursus. Sonntag, früh 9 Uhr: Bezirks-Konferenz. Montag, abds. 7 Uhr: Funktionär-Sitzung.

Ammendorf

Arbeiter-Gesangverein. Singestunden: Frauenchor: Donnerstag, abds. ½9 Uhr. Männerchor: Jed. Dienstag, abds. ½8 Uhr, in Kluges Restaurant.

Kröllwitz

Arbeiter-Bildungs-Verein, Kröllwitz. Vereinslokal: Lindenhof. Gesangs-Abteilung: Mittwochs v. 8-10 Uhr. Turn-Abteilung: Dienstags u. Freitags von 8—10 Uhr. Kinder-Mandolin.-Abteilung: Mittwochs von 5—7 Uhr. Kinder-Mand.-Abtg. Jeden Donnerstag, von 6 bis 8 Uhr.

Nietleben

Gesangver. Lyra Sonnabend, ab. 8 Uhr: Singestunde.

Jugend-schriften, empfiehlt die **Volksbuchhandlung**

Fritz Werner ist tot-sicher immer noch der meist-zahlende Rohprodukten-Händler.

Zahle für: 2966

Lumpen	kg bis Mk.	4,30
Bast	kg bis Mk.	1,50
Wolle	kg bis Mk.	20,00
Knochen	kg bis Mk.	2,80
Papier	kg bis Mk.	3,50
Zeitungen	kg bis Mk.	6,10
Bücher	kg bis Mk.	5,00
Eisen	kg bis Mk.	4,50
Kaninchenfelle	bis Mk.	10,00
Hamsterfelle	bis Mk.	40,00
Ziegenfelle	bis Mk.	200,00
Flaschen	bis Mk.	3,00
Kupfer	kg bis Mk.	70,00
Rotguß	kg bis Mk.	60,00
Messing	kg bis Mk.	50,00
Blei	kg bis Mk.	20,00
Zink	kg bis Mk.	18,00

Hole auch hier und außerhalb ab. **Keller, Schuppen oder Stall zu mieten gesucht.**

Wörmlitzer Str. 11, Keller. Wiegeschein gegen Ausweis.

Zum Tode verurteilt sind Läuse, Wanzen, in ½ Std. unter Garantie Flöhe, Brut, b. Mensch u. Tier m. „Rieseloa", gei. gesch. Mitt. 500 M., wo nicht hilft. Verk. Schurig Steinweg 10

Der billigste und beste Einkauf: **Geiststr. 53 Herren-Artikel H. Flatto.** Oberhemd., Kragen, Krawatten, Trikotagen, feine Damenstrümpfe, gr. Auswahl in Dauer-Wäsche.

Regattes

2964

gute Qualitäten vornehme Muster **Dauerwäsche-Vertrieb Kl. Berlin 2**

Stoffe, gut und billig. 467 **Mittelstraße 2, I. r.**

Besuchstaschen in großer Auswahl, zu bekannt billigen Preisen. **Friedr. Rietsch,** Sattlermeister, Schmeerstr. 41. 500

Gelegenheitskäufe in Möbeln, 503 Kolterwaren, Betten usw. Klein Kull, Sternstr. 6, Teleph. 3579.

1 Minute vom Hettstedter Bahnhof.

Achtung, Hausfrauen! Zahle nach wie vor für 2963 **Lumpen, Knochen, Papier, Bücher, Zeitungen, Alteisen, Metalle, Felle, Wolle usw.** die höchsten Tagespreise! **Werner Beutschel,** Mansfelder Straße 47. Bitte genau auf Namen und Hausnummer zu achten.

Kostenlose Abholung.

1 Minute vom Hettstedter Bahnhof.

Arbeitsmarkt

Stenotypistin nach Stenogramm schreibend, zum baldigen Antritt gesucht. Bewerber müssen gewerkschaftlich organisiert sein. Angebote an die **Produktiv-Genossenschaft f. d. Bezirk Halle-Merseburg** e. G. m. b. H., Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. F

Ein 16jähriger Arbeitsbursche sucht für sofort Stellung. Angebote unter 15 an die Geschäftsstelle des „Klassenkampf", Lerchenfeldstraße 14 erbeten. F

Für dauernde Beschäftigung sofort gesucht: Aelterer, erfahrener **Metalldreher.** Anfragen erbitten unter Chiffre *626 an die Expedition des „Klassenkampf".

Walhalla. 2971 Dir. Josef Milos. Heute, Freitag, Entscheidung des abgebrochen. Kampfes: Vogtmann — Syrl (Bayern) (Estland). Ferner ringen: Billau — Kyroploff (Hamburg) (Sibirien). Dittmann — v. d. Heydt Charlottenb. Mittelgewichtsr. Urbansky — Hans Steinke (Polen) (Deutschl.). Alle Kämpfe bis zur Entscheidung. Beginn d. Ringkämpfe 9 Uhr

Zigarren, Zigaretten, Rauchtabak, Kautabak, Pfeifen und Spitzen kauft man preiswert bei 2969 **Max Meßling, Leipziger Str. 39,** gegenüber Piano-Ritter.

Möbel Speisezimmer, Schlafzimmer, Küchen, 2972 komplett, sowie alle Arten Möbel, neu und gebr., speziell Polstermöbel, preisw. zu verk. **Otto Thormann jr.,** Brüderstraße 14.

Kleider, Blusen, Kostümröcke, Prinzeß-Röcke, Stickerei-Hemden, Bettwäsche sehr preiswert 2974 **Trabert** Kl. Ulrichstraße 5.

501

Bruchbänder, Leibbinden, Senkfußeinlagen. **Fr. Speer,** Halle (Saale) Gr. Ulrichstr. 63, Krankenkassenlieferant.

Die gute **Sternwolle** in allen Farben vorrätig *504 **Partiewaren** Magdeburger Str. 25 am Walhalla. Wiederverkäufer Extrapreise.

Gold-, Silber-, — Platin-Bruch, Uhren, Brennstifte, Zähne kauft **A. Sparmann,** Gr. Steinstraße 47, am Walhalla. 514

Frühstückstaschen Ia. Leder, billigst 2965 **Hugo Krasemann,** Lederwar.-Spez.-Geschäft, nur Schmeerstr. 18.

Grudeöfen 2967 verk. bill. Steinweg 50.

Für die vielen Beweise herzl. Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen 2968 **Otto Hesse** sagen wir allen uns. herzlichsten Dank. Im Namen d. trauernden Hinterblieb.: **Berta Hesse.**

Gebhardt-Eiweiß-Kakao ist von unschätzbarem Wert für alle diejenigen, deren Ernährungszustand der Nachhilfe bedarf. — Gutachten hervorragender Aerzte stehen unserem Fabrikate zur Seite. — Ueberall erhältlich! — *505 Versandstelle: Gr. Steinstrasse 36, Fernspr. 4841. **Georg Gebhardt & Co., Halle a. d. S.**

Bin ständig Käufer von getragener u. neuer Herren-Garderobe, Hosen, Jacketts, Militär-Mänteln, Röcken und Hosen, Leihscheinen usw. 521 Hammer, Rathausstr. 17, I.

Schlafzimmer, Küchen, Bettstellen, Pat.-Kapl.-Matratzen, Sofas, Chaiselongues, Spiegel zu verkaufen. 2973 **Kurt Hoffmann,** Ludwig-Wucherer-Straße 37, kein Laden, Hof links.

Schulbücher, Schreibwaren, Schiefertafeln, Federn, Tinte usw. empfiehlt die **Volksbuchhandlung**

Weiche Kragen

17⁵⁰ 2966 3 Stück 50.— M

Farbige **Sportvorhemd.** mit passenden Kragen **35⁰⁰**

Dauerwäsche-Vertrieb Kl. Berlin 2.

Wir suchen zu kaufen Alte Jahrgänge der Neuen Zeit für Bibliothekszwecken. Gleichzeitig ersuchen wir alle Genossen, ehe sie Bücher veräußern, sie uns zwecks Ankauf anzubieten. **Die Bezirks-Zentralbuchhandlung** Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14.

Eisleben.

Kreisgewerkschaftskartell Mansfeld.

Sonnabend, den 29., und Sonntag, den 30. Juli 1922 zu Eisleben:

Gewerkschaftsfest

Festordnung:

Sonnabend, den 29. Juli, abends 7 Uhr, im „Volkshaus": **Kommers**, unter Mitwirkung der Reißerschen Kapelle.

Sonntag, den 30. Juli:

1 Uhr: **Festzug mit Musik durch die Stadt.** Antreten am „Volkshaus". **Festrede** vom Altan des Rathauses, Genosse Lademann.

Ab 3 Uhr: **Sportliche Aufführungen** auf der Eisleber Wiese. Ausgeführt von Arbeiter-Turn- u. Sportvereinen. **Kindervorführungen, Kinderbelustigungen.**

Im Garten des „Volkshauses": **Großes Konzert.** Ausgeführt von der Bergkapelle Eisleben, unter Mitwirkung der Arbeiter-Gesangvereine.

Abends: **Festball.**

Festabzeichen für Männer 5 Mk, für Frauen und Jugendliche 3 Mk. sind bei den Funktionären, in den Gewerkschaftsbureaus und bei den Ordnern zu haben. Kinder unter 14 Jahren in Begleitung der Eltern frei.

Kolleginnen, Kollegen, gestaltet unser Gewerkschaftsfest zu einer wuchtigen Kundgebung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. 420 **Der Festausschuß.**

Vereine

Ztrv. prol. Freidenker, Eisleben. Jeden 4. Sonntag im Monat i. „Volkshaus": **Versammlung.** 376

Deutscher Bauarbeiterverband, Eisleben. 378 Jeden Mittwoch nach d. 15., i. „Volkshaus": Mitgliederversammlung.

Arbeiter Turnverein „Ludwig Jahn", Eisleben. Dienstags und Freitags 8—10 Uhr, Sonntags: 10—12 Uhr: Turnstunde. Donnerstags 8—10 Uhr: Frauenabteilung. Jeden Sonntag nach dem 15.: Monatsversammlung. 166 Schwimmabteilung: Uebungsstunden jeden Mittwoch u. Freitag, abends 7 Uhr, im Volksbad.

Deutscher Metallarbeiterverband, Eisleben. Zahlstelle: O. Springhetti, Bäckergasse 12, II. 343

Arbeit.-Samariter-Kolonne Eisleben. Jeden Sonntag vorm.: Uebungsstunde im Jugendheim. 388 Sonntag, den 23. Juli, vormittags 9 Uhr, im „Jugendheim": Außerordentliche Mitgliederversammlung. Ausgabe der Ausweise und Prüfungszeugnisse.

Gemischter Chor, Eisleben. Heute, Freitag, Singestunde. Nächste Woche keine Singestunde.

Deutscher Bergarbeiter-Verband, Eisleben. 377 Jed. zweit. Sonntag im Monat i. „Volkshaus": Mitgliederversammlung. Zahlstelle: Koll. Hendrich im „Volkshaus".

Internationaler Bund aller Kriegsopfer, Ortsgr. Eisleben. 381 Jeden Donnerstag: Beratungsabend. Jeden 1. Montag, nach dem Monatsersten: Mitgliederversammlung.

Maurer gesucht. **Amsdorf** bei ... leben a. ... Verbindungsstraße

Patentex u. Pessar Menstruationstropfen und -Tee, Spritzen u. Spülmittel **Ernst Gärtner** Eisleben, Breiter Weg

Eisleber Lichtspiele Freitag bis Montag: 4 große Tage! **Das große Radiumgeheimnis** 4. Teil: **Der Ueberfall auf den Stahltresor.** 7 Riesenakte voller spannender Abenteuer und Sensationen. **Die Abenteuer der schönen Kathlyn.** Sensationelles Raubtierdrama. — 5 packende Akte. —

Sangerhausen.

Arbeiter-Radfahrerverein „Frisch auf".

Sonntag, den 23. Juli, nachm. 3 Uhr, in der „Bierhalle":

22. Stiftungsfest.

Freunde und Gönner sind herzlichst willkommen. Für Unterhaltung ist bestens gesorgt. **Der Vorstand.**

Modezeitungen empfiehlt die **Volksbuchhandlung**

Halle und Saalkreis

Halle, den 21. Juli 1922

Aus dem Parteileben

Gestern abend fanden in zehn Distriktslokalen äußerst anregende Versammlungen statt. Alle Versammlungen waren gut besucht. Die Redner sprachen überall über die kommunistische Gewerkschaftsarbeit. Sie schilderten in großen Zügen die Gewerkschaftsbewegung und untersuchten die Frage, wie die Gewerkschaften, die heute keine wirksamen Organe des Klassenkampfes sind, zu revolutionieren sind. Nachdem die Redner diese Fragen unter Berücksichtigung der bisherigen Wege und Methoden in tieschikfender Weise behandelt hatten, kamen sie zu dem Schluß, daß die **Kommunisten in den Gewerkschaften bleiben und arbeiten müssen**, damit die Gewerkschaften in die Lage versetzt werden, die großen wirtschaftlichen Kämpfe zur Besserung der Lage der Arbeiterschaft zu führen.

Die Diskussion **war** überall sehr lebhaft und wurde sehr sachlich geführt. Vertreter der Union versuchten, ihre Organisation als die einzige revolutionäre Gewerkschaft hinzustellen und wollten keinen Erfolg der bisher von den Kommunisten geleisteten Arbeit in den Gewerkschaften sehen. Demgegenüber konnten unsere Redner überall auf den Verlauf des Gewerkschaftskongresses hinweisen, wo die Kommunisten eine starke Opposition waren, mit der heute schon die Gewerkschaftsbureaukratie rechnet. Die Redner hielten den Unionisten meiter entgegen, daß es kein Idealismus sei, sich von jeder Kleinarbeit in den Gewerkschaften zu drücken, wohl aber, wenn heute die Kommunisten im schärfsten Widerstande gegen die Gewerkschaftsbureaukratie nicht verzweifeln und den Kampf gegen alle reformistischen Tendenzen rücksichtslos durchführen. Wenn auch heute von den Unionisten noch immer angeführt werde, die Gewerkschaften seien Unterstützungsvereinigungen, so müsse demgegenüber festgestellt werden, daß auch die Union bei Krankheits- und Todesfällen Unterstützungen gewährt. Der Unterschied zwischen beiden Organisationen sei hierbei nur der, daß die Gewerkschaften dies ganz offen in ihren Statuten sagen, während die Union davon in den Statuten nichts sagt, Unterstützungen aber auch auszahlt.

Die sachlichen Diskussionen, die gestern mit unseren Unionisten über die Gewerkschaften geführt wurden, bestätigen, daß man mit einer unfruchtbaren Kritik die Lage der Arbeiterschaft nicht bessert, sondern wenn man in diesen Organisationen seine ganze Kraft der gewiß schweren und opferreichen Arbeit widmet.

Transportarbeiter an die Front!

Am Sonntag, dem 23. Juli, findet von 9 bis 1 Uhr die Delegiertenwahl zum Verbandstag statt. Alle Transportarbeiter, die von ihrer Organisation eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik verlangen, müssen ihre Stimme dem

Kollegen Johann Gorges

geben. Wahlrecht ist Wahlpflicht! Jeder revolutionäre Transportarbeiter muß unbedingt an der Wahl teilnehmen. Ohne Mitgliedsbuch oder Mitgliedskarte kann kein Mitglied wählen.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter

Die Wahlen zum Verbandsbeirat finden in Halle am Sonnabend, dem 22. Juli, von nachmittags 5 Uhr an im „Volkspark" statt, und zwar während der Streikversammlung, in der der Bericht von der heute stattfindenden Schlichtungsausschußsitzung gegeben werden soll. Kein Kollege und keine Kollegin darf fehlen. Jedes Mitglied übe sein Wahlrecht aus und stimme nur für den Kollegen Otto Müller.

Die siamesischen Zwillinge von vorn und hinten

Außer der Tatsache, daß sich die beiden rechts von uns stehenden Arbeiterparteien zu einem „sozialistischen" Block zusammengeschlossen haben, nicht um einen ernsten Kampf gegen die schwarzweißrote Reaktion zu beginnen, sondern um diesem Kampf, dessen Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit immer größeren Massen der Arbeiterklasse zum Bewußtsein kommt, zu umgehen, zu sabotieren, bleibt alles beim alten. Ja, es ist so: „Die Revolution hat gesiegt, alles bleibt beim alten." Wie Nestroys Lustspiel: „Die Revolution im Krähwinkel" endet, ist das Ergebnis dieser wichtigen proletarischen Bewegung die Kapitulation der vereinigten „Sozialisten" vor der deutschen Reaktion. Die weitere Entwicklung muß jedem Arbeiter jetzt klar sein. Denn auf diesem Wege gibt es kein Stehenbleiben. Die Verschärfung der Klassengegensätze bringt es mit sich, daß eine jede Partei immer entschiedener zur offenen Stellungnahme gedrängt wird.

Wie der „sozialistische" Block die Reaktion „bekämpft", ersieht man aus den beiden beiden sozialistischen Blättern. Während sie beide, „Volkstimme" und „Volkszeitung" auf den vorderen Seiten das provokatorische Treiben der Reaktion im ganzen Reich und besonders in Bayern verzeichnen und von der Regierung „fordern", dagegen einzuschreiten, treiben sie im Inseratenteil selbst eine monarchistische Propaganda, indem sie ihre Leser auffordern, eine monarchistische Filmvorführung zu besuchen. In einigen Städten (oder gar in Preußen?) ist erst vor einigen Tagen der Fridericus-Rex-Film verboten worden. Heute kommen die Monarchisten mit einem anderen Film (Königin Luise) heraus, der ebenso wie der Fridericus-Rex-Film eine starke monarchistische Tendenz hat. Und diese monarchistische Filmpropaganda wird, weil sie ein gutes Geschäft ist die Blätter der vereinigten „Sozialisten" bedeute, bedenkenlos unterstützt. So sieht der „rücksichtslose" Kampf" des sozialistischen Blocks gegen die Reaktion aus finanziellen Gründen aus. . . . Es lebe der Geldsack!

Arbeiter, haltet Augen und Ohren offen!

Aus einem Gespräch auf der Eisenbahn.

Ein Arbeiter schreibt uns:

Am Montagabend fuhr ich mit dem Zug 10.22 Uhr von Halle nach Thüringen. In dem Abteil dritter Klasse fuhren drei Herren, die sich als scheinbar gute Bekannte unterhielten. Einer davon war sehr stolz darauf, daß er bei der Marine gewesen war; der andere war ein Kriegskrüppel und der dritte Schupobeamter aus Merseburg. Da ich einige Zeit von Halle abwesend war, wußte ich nicht, was hier in den letzten Wochen vorgefallen war. Ich erkundigte mich daher bei den Dreien, die sich gerade über die Vorgänge in Halle unterhielten. Einer davon antwortete: Am Dienstag hätten die Kommunisten versucht, die Räterepublik auszurufen. Die Sipo läge überall alarmbereit, um wieder Ordnung zu schaffen. Auf meine Entgegnung, daß die Arbeiterschaft solche lokalen Bewegungen niemals siegen, sondern den reaktionären Ansturm nur durch eine große Massenbewegung brechen wird, antwortete er, daß die Arbeiter gar nichts machen könnten und würden, **wenn nur mit den Maschinengewehren ordentlich reingehalten würde, ganz gleich, ob Frauen oder Kinder, ob Hunderte oder Tausende Arbeiter sich nachher im Blute auf Boden wälzen würden. Man solle nur einmal die Reichswehr einsetzen, die sei „zuverlässig", und unsere Organisationen, (Stahlhelm, Jungdo, Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, Bund der Aufrechten usw.), die engste Verbindung mit der Reichswehr und den höheren Offizieren hätten, dann würde den Arbeitern die Streiken schon vergehen. Waffen seien auch genügend vorhanden.** Der Bemerkte der Schupobeamte aus Merseburg, daß die dortigen Marxisten schneidiger vorgehen würden als ihre Hallischen Genossen. Sie würden nicht in die Luft schießen und sich von keinem Polizeiknüppel etwas befehlen lassen.

Als ich nun auf Grund dieser Ausführungen etwas neugieriger wurde, machten sie Miene, mich zu verprügeln, so daß ich es unterlassen mußte, Namensfeststellungen zu machen. Auch andere Umstände boten mir keine Gelegenheit, diese Bürschchen verhaften zu lassen.

*

Dieses Gespräch zeigt, daß das reaktionäre Gesindel nicht durch Demonstrationen der Arbeiter eingeschüchtert werden kann. Sie stützen sich nach wie vor auf die militärische Macht, die sie rücksichtslos gegen die Arbeiter bei der „Verteidigung der Republik" anzuwenden gedenken. Gegenüber dieser Gefahr darf sich die Arbeiterschaft nicht das Parlament verlassen, in dem die unabhängigen und sozialdemokratischen Führer mit der monarchistischen Stinnespartei um einige Ministersessel verhandeln. Die Arbeiter in einer geschlossenen Kampffront sind allein die Macht, die die schwarzweißrote Reaktion beseitigen kann.

Eine reaktionäre Firma

Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter schreibt uns:

Als Folge der letzten Demonstration nach der Ermordung Rathenaus um 1 Uhr Arbeitsschluß in allen Betrieben eintreten sollte, wurde von der Firma Hildebrand-Mühlenwerke in Bölsberg folgender Aushang gemacht:

In Ausdehnung des von einer kleinen Anzahl unserer Arbeiterschaft gefaßten Beschlusses, heute die Arbeit auf einige Stunden niederzulegen, sehen wir uns veranlaßt, bekanntzugeben, **daß jeder, der die Arbeitsstätte verläßt oder nicht seinen Obliegenheiten nachkommt, seine fristlose Entlassung zu gewärtigen hat.** Wir können nicht billigen, daß diese öftern Arbeitspausen, die ebenso den Arbeitgeber als auch den Arbeitnehmer schädigen, überhand nehmen. Wir beanstanden überhaupt die stattgefundene Abstimmung, einmal, weil so wenig Leute abgestimmt hatten und weil diese Abstimmung nicht in geheimer Weise durch Zettel geschehen ist. Es haben mehrere Leute erklärt, daß sie aus diesem Grunde nicht der Abstimmung beiwohnten bzw. nicht abgestimmt hätten, wie sie gern möchten.

Bölsberg, den 4. Juli 1922. Hildebrandsche Mühlenwerke.

Wir bemerken zu dem Aushang ausdrücklich, daß die Firma vor kurzem erst eine Anzahl von Arbeitnehmern entlassen hat. Damals sollte Arbeitsmangel vorliegen. Jetzt schreibt die Firma das Gegenteil. Der Schlichtungsausschuß hatte einen Spruch gefällt, daß alle alten Leute bei Bedarf wieder einzustellen sind. Jetzt hat die Firma einen Arbeiter und auch vier Arbeiterinnen eingestellt, die Entlassenen bei der Einstellung aber nicht berücksichtigt. Herr Hildebrand soll gesagt haben: „Ich will die alten Leute nicht mehr sehen." Hoffentlich vertritt das Gericht einen anderen Standpunkt.

Hakenkreuz-Wissenschaft

Vortrag von Dr. Lechler.

Es gibt seit wenigen Jahren eine Hakenkreuz-Wissenschaft: Die prähistorische Archäologie. An sich erscheint die Erforschung der vorgeschichtlichen Völker und Kulturen als eine sehr wichtige Aufgabe, doch wie diese zurzeit getrieben wird, ist sie ein neuer Beweis gegen die „voraussetzlose" Wissenschaft. Sitz in Halle: Vorgeschichtliches Museum am Wettinerplatz unter Leitung von Hahne. Dort klingt es:

Heil der blauäugigen arischen Rasse — nieder mit der Judenherrschaft — hoch Wilhelm, Aufsichtsratsmitglied der Bagdadbahn — hoch Hindenburg, der Massenschlächter von Tannenberg usw.

*

. . . Eine erstaunlich frühe Ausdehnung hat die Getreidewirtschaft in Mittel- und Nordeuropa gefunden. 9000 v. Chr. (mittlere Steinzeit) Gerste, Mahlsteine; 5000 (jüngere Steinzeit) Gerste, Hirse, Weizen, Einkorn, Emmer, Dinkel, Apfel, Flachs; Ende des zweiten Jahrhunderts (Bronzezeit) Roggen, Hafer, Raps, Bohne, Waid, Mau, Färberöte. — 50 000 v. Chr. (Eisszeit) erste Tierzeichnungen beweisen, daß damals noch Jagd die einzige Wirtschaftsform war (doch nur bis 9000) . . .

*

Lechler ist der Verfasser einer Schrift über das „Hakenkreuz", dieses alten religiösen Symbols urneuropäischer Völker. Seine Ausführungen bewegten sich auch in dem Vortrag noch in den Grenzen des Möglichen, aber bei seinen Kollegen (Schneider, Muchau) hört und liest man: Alle Kultur kommt aus dem Norden — die einzige produktive Rasse ist die germanische — zurück zu der unjüdischen Sonnenreligion usw. Doch war auch Lechler nicht ohne Uebertreibungen: Der Rennwagen stamme natürlich aus dem Norden und habe sich von dort aus nach dem Orient verbreitet.

*

Gewiß ist es spannungsvoll, in diese urkommunistischen Verbände (was die bürgerlichen Forscher verschweigen) hineinzuschauen, in diese noch nicht von kapitalistischer Börsenromantik und Industriewahnsinn entnervten Menschen, diese mächtigen Ringer mit dem Eise, dem Bären, dem Meere. Doch diese einseitige Erhellung der angeblich nur-germanischen Vorzüge, diese Preisung Wilhelms und Hindenburgs als die wirklichen Nachfolger der Wikinger, diese deutschnationale Verzerrung der Forschung, die im Dienste der großen Volksmassen gestellt sein müßte, kann nicht genug bekämpft werden.

K. W.

Die Demokratie im Klassenstaat

Die Sipo verjagt die Streikposten der Gastwirtsangestellten

Am Sonnabendabend standen vor dem „Wintergarten" einige Kellner als Streikposten. Plötzlich kam ein Sipoauto angefahren. Der Leiter der Truppe wurde vom Besitzer des „Wintergartens", Herrn Heinrich, vor dem Lokal empfangen. Herr Heinrich verlangte nun von dem Führer der Sipo die sofortige Entfernung der Streikposten, die einige Plakate trugen. Einer der Streikposten erklärte dem Leutnant, daß die Plakate vom Magistrat genehmigt wären. Darauf entgegnete der Sipoführer breitspurig, **er hätte für Ordnung zu sorgen und wäre selbst die höchste Instanz dazu.**

*

Als eine Kommission von sechs Mann im Weinhaus Pottel u. Broskowski vorsprachen, um die dortigen Streikbrecher zur Arbeitsniederlegung aufzufordern, wurde der Kommission erklärt, daß Broskowski gleich kommen werde. Nach kurzer Zeit kam er tatsächlich in Begleitung von sechs Schupobeamten und einem Leutnant Salzmann. Broskowski forderte die Kommission auf, daß jeder erst seinen Namen aufschreiben solle, bevor er mit ihr verhandle. In Wirklichkeit wollte er nur die Namen **haben**, um sie dem Leutnant Salzmann zu übergeben. Jedes Verhandeln hat er nicht mehr mit der Kommission abgelehnt.

*

Der Oberwachtmeister Laban von der 4. Hundertschaft hat sich einmal wieder glänzend bewährt. Ihm sind die Streikposten der Gastwirtsangestellten ein Dorn im Auge und scheinen dieselbe Wirkung zu haben wie das rote Tuch auf einen Ochsen. Einem Streikposten auf dem Marktplatz erklärte dieser Oberwachtmeister, wenn er sich nicht gleich vom Marktplatz entferne, so wäre er der nächste, der dran käme. Dabei hatte der Kellner nichts weiter verbrochen, als daß er die Anordnungen seiner Gewerkschaft befolgte. Bemerkt werden muß, daß im Café Roland eine Reihe von Sipoleuten stationiert war. Ist vielleicht die Sipo nur dazu da, bei wirtschaftlichen Kämpfen die Interessen der Arbeitgeber in der rücksichtslosesten Weise wahrzunehmen?

Die Wohnungsnot

370 Wohnungsuchende mehr im Monat Juni.

Die Zahl der Neueintragungen von Wohnungsuchenden im Wohnungsamt hat sich im Monat Juni um weitere 370 vermehrt, so daß die Gesamtzahl 11 030 beträgt. Neu besetzt wurden 163 Wohnungen, davon 21 im Zwangswege, während andererseits 9 Familien die Wohnung widerrechtlich bezogen hatten, sie zwangsweise wieder verlassen mußten. Unter den Untergebrachten befanden sich 26 Familien, die laut Urteil des Amtsgerichts ihre seitherigen Wohnungen räumen mußten.

Warnung

Seit einiger Zeit werden bei allen größeren Vereinsveranstaltungen im „Volkspark" immer Sammlungen von Jugendlichen auf Sammellisten angeblich für einen Kampffonds vorgenommen. Da die Sammellisten weder Datum, Unterschrift noch Stempel tragen, teilweise sogar unser Name mißbraucht wird, warnen wir alle Parteigenossen und -genossinnen, Gelder für unbekannte Zwecke zu geben.

Kommunistische Jugend. Ortsgruppe Halle.

Nachtarbeit in den Bäckereien

Vom Vorstand der Bäcker und Konditoren wird uns geschrieben:

Zu denjenigen, denen die Arbeiterschutzgesetze ein besonderer Dorn im Auge ist, gehören in übergroßer Zahl die Bäckermeister von Halle und Umgegend. Diesen hat es die Verordnung vom 23. November 1918, die die Nacht- und Sonntagsarbeit verbietet und eine Betriebsruhe von abends 10 bis morgens 6 Uhr vorschreibt, angetan. Wenn schon auf der ganzen Linie Anstrengungen gemacht werden, der Arbeiterschaft die Errungenschaften der Revolution wieder abzujagen, da müssen auch die Bäckermeister dabei sein. Sie sind jetzt drauf und dran, die Nachtarbeit wieder einzuführen. Ueberall wird jetzt schon lange vor 6 Uhr morgens mit der Arbeit begonnen. Mit aller Entschiedenheit wenden wir uns dagegen. Wir werden nicht zulassen, daß auf der Verordnung herumgetrampelt wird und daß diese fluchwürdige Nachtarbeit wieder ihren Einzug hält. Heute bestätigen die Krankenkassen, daß infolge der Tagarbeit die Krankheitsfälle im Verhältnis zur Vorkriegszeit bis 30 Prozent zurückgegangen sind.

Die Freunde der Nachtarbeit lassen es an Versuchen nicht fehlen, auch auf behördlichem Wege wieder zur Nachtarbeit zu kommen. Sie täuschen vor, daß es im Interesse des Gewerbes und der Konsumenten liege. Es mag zutreffen, daß einzelne Nichtstuer

Sport

Städtischer Wettkampf Düsseldorf-Halle.

Am Mittwoch, dem 26. Juli, abends ½7 Uhr, findet auf dem Viktoriaplatz, Sandanger, der Städte-Wettkampf zwischen Düsseldorf-Halle statt.

Am Mittwoch, dem 26. Juli, abends ½7 Uhr, findet auf dem Sandanger das Städtespiel Halle-Düsseldorf statt. Die Städte Elf spielt in folgender Aufstellung: Wien (Min.), Kitzing (Gröbers), Schlieder (Ask.), Engelhardt (Wörmlitz), Oehlmann (Gröbers), Müller (Vikt.), F. Keller (Min.), Rehn (Vikt.), Weinhardt (Ask.), Zabel (Lettin), Wolf (Sportklub). Ersatz: Troll (Fortuna), Stone (Teut.). Schiedsrichter: Störmer (Min.), Viktoria baut.

Die Bundesfestkommission.

Eurich. Pabst. Fritzsche.

Arbeiter-Sportverein Dölau 21

Sonntag, den 30. Juli, fährt Dölau 21 I. nach Eilenburg, um gegen Vorwärts I. ein Propagandaspiel auszutragen. Abfahrt früh 7 Uhr. Dölau 21 fährt mit folgender Mannschaft:

Nagel II
Eppe Damm II
Gellenthin Amende Felzner
Zobel O. Schreiber Damm I Elste W. Reuter
Ersatz: Röblitz, Zettel.

HSK. Teutonia 08

Spiele am Sonntag (Teutoniaplatz): Teutonia Jugend—Viktoria Jugend um 2 Uhr, Teutonia I.—Dölau Fortuna I. um 3 Uhr. — Spielergebnis vom 19. Juli: Teutonia Jugend—Dölau Jugend 1 : 0.

T.-V. „Die Naturfreunde"

Heute, Freitag, abend im Stadtheim Besprechungen und Erledigung der geschäftlichen Arbeiten. — Sonnabend Fahrt nach dem Eisenhammer. Anmelden bis heute abend. — Sonntag **Gruppe Nord: Wanderung in die Saaleaue. Ab früh 7 Uhr Marktplatz. — Zum Leipziger Sportfest fahren die Gruppen Sonntag früh 6.45 Uhr mit Fahrschein. Heute abend 7 Uhr auf der** Peißnitz Probe und Anmelden. — Montag abend 7½ Uhr im Stadtheim Sitzung aller Kindergruppenleiter und Helfer. — Dienstag nachmittag 4.35 Uhr Abfahrt nach Leipzig zur Beteiligung am Internationalen Naturfreundeabend. Rückfahrt abends 11.15 Uhr ab Leipzig.

Hinaus ins Freie!

An Euch alle ergeht dieser Ruf, Arbeiter und Arbeiterinnen, die Ihr die ganze Woche hindurch in dumpfen Arbeitsräumen, Werkstätten und Bureaus tätig seid. Sonntage, die Ihr in fröhlicher Wanderlust draußen in der freien Natur verlebt, sind die beste Erholung von Eurer einseitigen, Körper und Geist niederdrückenden Alltagsarbeit.

Der Touristenverein „Die Naturfreunde", der in den deutschsprechenden Ländern schon weit verbreitet ist und über 200 000 Mitglieder zählt, will die wanderfrohen Arbeiter und Arbeiterinnen sammeln und hinaus ins Freie führen. An solchen Sonntagen, an denen uns keine Pflichten gegen die Arbeiterbewegung zurückhalten, veranstalten die Ortsgruppen Wanderungen. Glaubt nicht, daß sie zu „teuer" seien. Wir nehmen uns Speise und Trank von Hause mit. Ihr sollt auch nicht denken, Ihr müßtet nun gleich einen Touristenanzug u. dgl. anschaffen. Ein Rucksack, ein Paar bequeme Schuhe, ein Alltagsanzug genügen für den Anfang völlig. Tausende werktätiger Menschen wissen gar nicht, was es heißt, sich einen ganzen Tag in frischer Luft zu bewegen. Unzählige sind noch zufrieden mit den Vergnügungen, die ihnen gewandte Unternehmer des Sonntags in Wirtshäusern, in den Kinos und in laubigen Tanzsälen als Abfall vom Tische der Besitzenden bieten. Diese geldgierigen Geschäftsleute spekulieren auf den schlechten Geschmack, und die Herrschenden lassen ihnen freie Hand, weil sie dazu beitragen, den Arbeiter bedürfnislos zu erhalten.

Lehnen wir uns auf gegen diese Schundkultur, die unsere körperliche und geistige Widerstandskraft schwächt, mit der man uns nur das Geld aus der Tasche zieht. Schaffen wir uns als selbstbewußte und aufgeklärte Arbeiter eine edlere Art der Erholung, die uns emporhebt über den Stand der Werktage, die uns neue Lebenskraft zur Arbeit und frischen Mut zum Kampfe gibt.

Darum zieht hinaus in die herrliche Natur und genießt in fröhlicher Gesellschaft all das Schöne, das sie uns bietet. Arbeiter und Arbeiterinnen, schließt Euch den Ortsgruppen des Touristenvereins „Die Naturfreunde" an! Wo noch keine Ortsgruppe besteht, **verlangt Auskunft durch den Touristenverein „Die Naturfreunde", Halle a. d. S., Harz 42/44.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220721-18/fragment/page=0005

und Schlecker, denen das Wohl anderer Menschen Schnuppe ist, gern morgens frische Backware haben möchten, die arbeitende Bevölkerung aber hat dieses Interesse nicht und will vor allem auch den Bäckergesellen und Lehrlingen die Nachtruhe nicht rauben.

In letzter Zeit sind von den hallischen Bäckermeistern wegen Uebertretung der Verordnung nicht weniger als 30 zur Anzeige gebracht worden. Der schlimmste Verrat ist es an der Gehilfenschaft, wenn sich Gehilfen zu einem früheren Arbeitsbeginn hergeben und sich so schützend vor die Profitinteressen der Arbeitgeber stellen. Wo sie angetroffen werden, werden sie mit zur Bestrafung gemeldet. Bei dem einen und anderen Meister helfen ja die Anzeigen. Aber einer von denjenigen, die trotz mehrmaliger Anzeigen noch immer auf die Verordnung pfeifen, ist der Bäckermeister und Brotfabrikant Emil Rohde, Zwingerstraße 4. Herr Rohde will gewiß dadurch zum Ausdruck bringen, daß er auch auf die Arbeiterkundschaft pfeift. Wir richten an alle, die nicht wollen, daß die Bäckergehilfen und Lehrlinge wieder der alten Sklaverei verfallen, das dringende Ersuchen, uns Meldung zu machen, wo die Verordnung übertreten wird. Die Nachtarbeit ist in den Bäckereibetrieben verboten. Angebracht wird es sein, daß sich die Polizei und die Gewerbeaufsichtsämter mehr um die Bäckerei- und Konditoreibetriebe kümmern.

* **Arbeiter, hütet Euch vor Denunzianten.** Da die monarchistischen Organisationen nach wie vor von der Polizei beguünstigt werden und der Kontrollausschuß sich um das Treiben dieser Organisationen überhaupt nicht kümmert, hatten sich einige Arbeiter durch das provokatorische Benehmen eines Hakenkreuzlers auf der Straße dazu hinreißen lassen, diesem frechen Burschen das Hakenkreuz abzunehmen. Der Polizei war es nicht gelungen, die Täter zu ermitteln. Jetzt hat der Bauarbeiter Karl Stendel aus Diemitz die Arbeiter der Polizei denunziert. Die mit diesem Denunzianten arbeitenden Kollegen haben es auf der Baustelle bei der Firma Schreck in der Delitzscher Straße durchgesetzt, daß er sofort entlassen wurde. Arbeiter, hütet Euch vor Denunzianten.

* **Teuerungszuschuß für leichtbeschädigte Altrentner.** Nach einem Erlaß des Reichsarbeitsministeriums vom 13. Juni 1922 kann ab 1. Juli 1922 der Teuerungszuschuß auch an leichtbeschädigte Militär-, Altrentner, also solche, die eine Rente von weniger als 50 Prozent beziehen, gezahlt werden. Voraussetzung ist aber, daß ihr Einkommen aus Arbeit, Kapitalzinsen oder Pensionen usw. die Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung um nicht mehr als die Hälfte übersteigt. Personen in selbständigen Berufen, z. B. Kaufleute, Gewerbetreibende, Handwerker pp. fallen jedoch nicht unter die Verordnung, weil diese die erhöhte Teuerung im Regelfalle ohne besondere Zuschüsse auszugleichen vermögen. Diejenigen Altrentner, die unter den vorstehenden Erlaß fallen, haben den Antrag bei der Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte, Neue Promenade 3, unter Vorlage ihrer Militärpapiere, zu stellen, und zwar werktäglich von 9 bis 12 Uhr vormittags, außer Dienstags und Freitags.

* **Achtung, Zimmerer.** Heute, Freitag, abend müssen sämtliche Bau- und Platzbelegierte Bericht erstatten, ob der Lohn gemäß des Schiedsspruchs vom 12. Juli zur Auszahlung gekommen ist. Sämtliche Zimmerpoliere müssen ebenfalls heute abend 7½ Uhr im „Volkspark" erscheinen. Der Vorstand.

* **Hörer-Vereinigung.** Sonntag, den 23. Juli, Besichtigung des Landwirtschaftlichen Instituts unter sachkundiger Führung. Treffpunkt 9.15 Uhr Wilhelmstraße. Gäste willkommen.

* **Für die „Rote Hilfe"** wurden von der Belegschaft der Baumwollspinnerei Giebichenstein 482 Mk. gesammelt. Die Belegschaft der Hauptwerkstatt Halle hat durch einstimmigen Beschluß ihres Betriebsrates der „Roten Hilfe", der „Russenhilfe" und dem neu zu bildenden Ferienkinderheim des Eisenbahnervereins je 3000 Mk. überwiesen.

* **Quartier gesucht.** Zur Teilnahme an einer Konferenz in Halle, sind am Sonnabend eine Anzahl von Genossen hier anwesend. Genossen und Genossinnen, die bereit sind, für eine Nacht eine Schlafstelle zur Verfügung zu stellen, werden gebeten, ihre genaue Adresse bei der Ortsleitung oder im Restaurant der Produktivgenossenschaft abzugeben. Entschädigungen für Benutzung der Bettwäsche wird gewährt.

Büschdorf

Ein Lehrlingsidyll. Der Gärtnereibesitzer Fritz Rosenhahn beschäftigt einen Lehrling, keinen Gesellen und keinen Arbeiter. Die Arbeitszeit für den Lehrling beträgt 16 Stunden. Von morgens früh 4 Uhr bis abends 9 Uhr. Sonntags arbeitet er von 5 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags. Aller 14 Tage hat er von 2 bis 7 Uhr Freizeit. Für seine Arbeit erhält er Kost und Logis. Trotzdem er schon im zweiten Lehrjahr steht, bekommt er keinen Lohn für seine Arbeit, nicht einmal Taschengeld. Als er einmal am 3. Juli die Nacht über bei seinem Bruder blieb und dort schlief, am nächsten Morgen aber erst um 6 Uhr zur Arbeit kam, empfing ihn der Gärtnereibesitzer mit dem Stemmeisen in der Hand und schlug auf ihn ein. Diese Mißhandlungen wiederholten sich im Laufe des Tages noch zweimal aus demselben Grunde. Der Lehrling ist Vollwaise und so schutzlos dem Ausbeuter ausgeliefert. Sein Vormund, ein Herr Glauer, Halle, Weingärten 32, hat trotz Kenntnis der Sache angeblich wegen Zeitmangels nichts unternommen.

Brachstedt

Der Schulvorstand beschäftigte sich in der am 15. Juli stattgehabten Sitzung zunächst mit der Rechnungslegung für 1921. Die Entschädigung für die Lehrerin Becker, die den weiblichen Handarbeitsunterricht abhält, wurde von 400 auf 2000 Mk. und die Aufwandsentschädigung für den Kassierer von 100 auf 1500 Mk. erhöht. Hierauf wurde der Bericht über die vom Kreisarzt stattgehabte Schulbesichtigung entgegengenommen. Es wurde beschlossen, die angeführten Mängel zu beseitigen und auf Antrag unseres Genossen eine Besichtigung der alten Schule vereinbart. Diese Besichtigung fand am Sonntag statt. Es waren aber nur die Hälfte der Vorstandsmitglieder erschienen. Anscheinend finden die nicht erschienenen Gewerkschaften den versaulten Fußboden, den vorhandenen Dreck und die Klosetteinrichtung in vollster Ordnung. An den Mißständen kann man ersehnen, daß der Vorstand eben fünf eine gerade Zahl sein läßt. Wir fordern, daß die Schule mindestens jeden Tag gereinigt wird und nicht wie bisher zweimal in der Woche. Es ist ein Skandal, daß für die Schulreinigung nur 1200 Mark angesetzt worden sind. Die drei Lehrkräfte für die 180 Kinder sind völlig unzureichend. Warum wird nicht eine vierte Lehrkraft beantragt? Da der Schulvorstand in seiner Mehrheit aus Reaktionären besteht, ist es auch erklärlich, warum noch immer die Bilder der Massenschlächter, Hindenburg usw., in den Schulräumen hängen. Vielleicht befaßt sich einmal die Gemeindevertretung mit diesen Zuständen.

Lettwitz

Das Wohnungsamt des Saalkreises scheint seine Aufgabe darin zu sehen, allen Wünschen und Forderungen der Hausbesitzer gerecht zu werden. In Lettewitz hat ein Arbeiter mit seiner Frau und zwei kleinen Kindern und seiner Schwägerin eine Wohnung. Der Besitzer des Hauses, Herr Käser, der in Halle eine 15-Zimmerwohnung innehat, möchte nun dort eine Sommerwohnung einrichten. Zu diesem Zweck soll die Familie aus der Wohnung heraus und in das Kellergeschoß ziehen. Das Kellergeschoß aber hat nur zwei kleine Räume. Das Wohnungsamt für den Saalkreis versagt dem Arbeiter jede Unterstützung und Hilfe. Es geht sogar soweit, ihm anzudrohen, wenn er nicht freiwillig ausziehe, müsse er eben herausgesetzt werden. Als der Arbeiter sich daraufhin an die Baupolizei wenden wollte, in der Hoffnung, dort Unterstützung zu finden, wurde ihm die Adresse der Baupolizei nicht mitgeteilt. Das Verhalten des Wohnungsamts in dieser Angelegenheit ist ein Skandal. Es ist wirklich höchste Zeit, daß an die Spitze des Landratsamts ein Mann gestellt wird, der rücksichtslos einmal durchgreift.

Aus der Provinz

Das skandalöse Lohnpfändungsgesetz

Auf Grund des Gesetzes vom 23. Dezember 1921 ist der Arbeits- und Dienstlohn bis zur Summe von 12 000 Mk. für das Jahr und soweit er diese Summe überfteigt, zu einem Drittel des Mehrbetrages der Pfändung nicht unterworfen. Hat der Schuldner seinem Ehegatten, früheren Ehegatten, Verwandten, oder einem unehelichen Kinde Unterhalt zu gewähren, so erhöht sich der unpfändbare Teil des Mehrbetrages für jede Person, der Unterhalt zu gewähren ist, um ein Sechstel, höchstens jedoch auf zwei Drittel des Mehrbetrages. Ueberfteigt der Arbeits- oder Dienstlohn die Summe von 50 000 Mk. für das Jahr, so findet auf den Mehrbetrag diese Vorschrift keine Anwendung.

Das ist der Wortlaut des Gesetzes, nach dem die Arbeiter gehetzt werden von einer Arbeitsstätte zur anderen. Nach diesem vorsintflutigen Gesetz vom 23. Dezember 1921 werden den Arbeitern für Schulden, die sie haben machen müssen, die letzten Groschen vor der Nase weggeschnappt. Das Gesetz ist vorsintflutlich. Es war schon bei Erlaß des Gesetzes nicht den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt. Damals schon war die unpfändbare Grenze viel zu niedrig. Aber bisher hat die Regierung nichts unternommen, um diesen skandalösen Zuständen ein Ende zu machen. Es wird nach wie vor lustig darauflos gepfändet, ohne Rücksicht darauf, ob dem Schuldner die Möglichkeit zum Leben oder Vegetieren gegeben ist oder nicht. Die Folge davon ist, daß die Not und das Elend des Schuldners und, sollte er Familie haben, oder, wie das Gesetz sich ausdrückt, seinem Ehegatten, früheren Ehegatten, Verwandten oder einem unehelichen Kinde Unterhalt zu gewähren haben, der Schuldner und seine Familie buchstäblich der nackten Not und bitterem Elend preisgegeben ist. Was soll der Schuldner mit 1000 Mk. und einigen Pfennigen darüber anfangen? Was soll die Frau des Schuldners mit derartig geringen Beträgen anfangen? Sie soll und muß damit etwas anfangen, weiß aber nur nicht was, 1000 Mk. und einige Mark darüber im Monat! Was damit angefangen werden kann, scheinen nur die Minister und Geheimräte in den Ministerien zu wissen.

Bei den heutigen Preisen für alle Lebensmittel und Lebensbedürfnisse müßte, wenn überhaupt eine Pfändung gestattet sein soll, die Unpfändbarkeitsgrenze wenigstens 150 000 Mk. für Arbeiter, Angestellte und Beamte sein. Wenn die Entwertung des Geldes und die damit verbundene Preissteigerung zugrunde gelegt werden, so ist dies nur zu berechtigt. Im Frieden betrug die Unpfändbarkeitsgrenze jährlich 1500 Mk. Rechnet man im Durchschnitt mit einer hundertfachen Preissteigerung, so müßte die Unpfändbarkeitsgrenze ebenfalls das hundertfache, nämlich jährlich 150 000 Mk. betragen. Mit einem derartigen Betrage könnte ein Arbeiter, Angestellter und Beamter bei den zur Zeit herrschenden wirtschaftlichen Verhältnissen gerade noch auskommen. Dieser Betrag dürfte das Existenzminimum für jetzt darstellen. Bei dem heute noch geltenden Gesetz vom 23. Dezember 1921 muß der Schuldner, falls ihm sein Lohn gepfändet wird und, wenn er und seine Familie nicht verhungern soll, entweder seine Arbeit völlig aufgeben, was aber ebenfalls notgedrungen zum Verhungern führt, oder er muß zum Verbrecher werden. Es wird die höchste Zeit, daß diesen skandalösen Zuständen endlich ein Ende bereitet wird. Bemerkt sei noch, daß es den Schuldnern, den der Lohn etwa wegen Unterhaltsansprüche unehelicher Kinder oder sonstiger Verwandten gepfändet wird, noch bedeutend schlechter ergeht, denn bei derartigen Unterhaltsansprüchen ist von einer Unpfändbarkeitsgrenze überhaupt nicht die Rede. Hier kann der Lohn in beliebig hoher Summe gepfändet werden. Die Höhe des dem Schuldner zu belassenden Betrages ist lediglich in das freie Ermessen des Gerichts gestellt.

Die praktischen Ergebnisse der Lohnpfändungen nach dem an sich jungen, aber längst veralteten Gesetz vom 23. Dezember 1921 sind für die Gläubiger, zu deren Kategorie fast ausschließlich Kapitalisten gehören, daß diese möglichst schnell und sicher in den Besitz ihrer Forderungen gelangen. Für die Schuldner, daß sie am Hungertuche nagen müssen. Für die Schuldner gibt es nur einen Weg aus der Lohnpfändungsmisere herauszukommen, nämlich, daß sie die Arbeitsstätte bei Lohnpfändungen sofort verlassen und anderswo Arbeit suchen. Das ist bei weitem aber nicht so einfach, denn sobald der Gläubiger erfährt, wo der Schuldner neue Arbeit erhalten hat, so pfändet er sofort hier den Lohn. Die Folge davon ist, daß der Schuldner abermals und wiederholt seine Arbeitsstätte wechseln muß, bis er schließlich wie ein von der Meute zu Tode gehetztes Wild resigniert, die Lohnpfändungen über sich ergehen läßt. Er greift zum letzten Mittel und sucht den Verlust am Lohn durch Akkord- und Prämienarbeit weit zu machen. Auch hier wird er ein Verbrecher an seiner Klasse. Es liegt System in der absichtlichen Niedrighaltung der Unpfändbarkeitsgrenze.

Der neue Regierungspräsident

Wir brachten gestern kurz die Nachricht, daß der deutschnationale Regierungspräsident v. Gersdorff nicht etwa zum Teufel gejagt worden, sondern für seine der „Republik geleisteten Dienste" mit voller Pension in den „wohlverdienten" Ruhestand versetzt worden ist. Der neue Regierungspräsident ist der bisherige sozialdemokratische Landrat Bergemann aus Kalbe a. S., der früher lange Jahre Bezirksleiter der Zimmererverbandes in Magdeburg war. Da er also aus den Reihen der arbeitenden Bevölkerung stammt, so ist immerhin die Möglichkeit vorhanden, daß in der Regierung Merseburg ein anderer Geist einzieht. Hoffentlich wandelt Bergemann nicht die Spuren Hörsings, sondern hat sich mehr proletarisches Gefühl als dieser erhalten.

Mit der Umbesetzung der Regierung in Merseburg ist die Reaktion in unserem Kreise nicht gebrochen. Die Merseburger republikanische Regierung muß sofort an die Beseitigung der reaktionären Schupo-Offiziere und übrigen Verwaltungsbeamten herangehen. An der mehr oder minder energischen Erledigung dieser Aufgabe wird die neue „republikanische" Merseburger Regierung zu beurteilen sein.

*

Der Merseburger Regierung ist zur besonderen Verwendung Oberregierungsrat Freysing zugeteilt worden. Er war früher beim Oberpräsidenten der Provinz Sachsen und zuletzt bei der Regierung zu Magdeburg tätig.

So sieht die Demokratie aus

Unser Genosse Haberkorn, der als Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Amtsbezirk Osmünde vom Kreistag gewählt worden ist, erhielt folgendes Schreiben:

Der Landrat des Saalkreises.
Nr. 4055 K. A.

Halle a. S., den 6. Juli 1922.

Hierdurch teile ich Ihnen mit, daß der Herr Oberpräsident der Provinz Sachsen die Bestätigung Ihrer auf dem Kreistage am 24. April 1922 erfolgten Wahl als Amtsvorsteher-Stellvertreter des Amtsbezirks Osmünde versagt hat, da Sie die für dieses Amt unerläßliche Geeignetheit nicht besitzen.

J. V.: gez. Müller, Regierungsrat.
Beglaubigt: Sander, Bureaudirektor.

Man sollte es nicht für möglich halten, daß ein sozialdemokratischer Oberpräsident es heute noch wagen kann, gewählte Amtsvorsteher nur deshalb nicht zu bestätigen, weil sie Kommunisten sind. Die Arbeiterschaft sieht, wie diese durch ihr Vertrauen emporgekommenen „Vertrauensmänner" der Arbeiterschaft den Willen der Arbeiter respektieren. Wie schon so oft, zeigt sich Hörsing auch hier als politischer „Grobschmied", um nicht das Sprichwort vom Ochsen im Porzellanladen anzuwenden.

Szene in der Kleinstadt; Juli 1922

Beobachtet und erlauscht von einem Proleten in Uniform.

Personen: Ein Schupo-Major; der Wirt der Festsäle.

Der Major (ein Stamm- und Weingast in den Festsälen): Herr Balmer, ich brauche noch etwas Geld. Bei Ihnen spielt es doch keine Rolle, wenn Sie mir noch 1000 Mk. geben. Es wird ja doch nicht lange dauern, bekommen Sie es zurück.

Der Wirt: Ich kann nicht; wenn ich Ihnen noch Tausend gebe, dann sind es 11 000. Wo soll das hin?

Der Major: Ist ja 'ne Kleinigkeit; wenn wir erst wieder was zu sagen haben, dann geb' ich Ihnen das Doppelte zurück.

Epilog.

Wir glauben ja gern, daß die Herren Offiziere das Talent haben, viel mehr Geld auszugeben, als sie von der Republik bekommen. Wir glauben auch gern, daß mancher Offizier Monarchist ist, weil ihm die von ihm erwünschte Monarchie viel mehr Geld geben wird, als es die Republik kann und will. Natürlich würden die Offiziere einer evtl. kommenden Monarchie auf Kosten der Arbeiterklasse höhere Gehälter bekommen. Aber bezeichnend ist es, daß jetzt diese Herren viel, viel mehr verdienen, als Arbeiter, und nicht auskommen wollen, und sie aber der Meinung sind, der Arbeiter verdiene zu viel. In Friedenszeiten gingen verpumpte Offiziere als Oberkellner nach Amerika. Was sollen sie jetzt anders tun, als sich bemühen, die Monarchie bald wieder zu errichten, um ihre Schulden bezahlen zu können. Wenn sie siegen, geben wir wahrlich herrlichen Zeiten entgegen.

Das „unbrauchbare" englische Geschütz

Der Magdeburger Polizeipräsident schreibt uns:

Am Sonnabend waren drei Herren von der Zentrale der Reichstreuhandgesellschaft im Polizeipräsidium, um sich von dem Zustand des von der hiesigen Polizei beschlagnahmten englischen Feldgeschützes zu überzeugen. Auch diese Kommission kam nach eingehender Besichtigung und Prüfung zu dem Resultat, daß das Geschütz nach jeder Richtung hin brauchbar ist. Bei der Untersuchung wurde festgestellt, daß die Inneneinrichtung, insbesondere die Rohrwände, ebenso wie der Verschluß, durchaus intakt sind und daß sogar der Glycerindehälter gefüllt und plombiert ist. (Es handelt sich um ein Rohrrücklaufgeschütz.)

Bei den Erörterungen mit der Kommission der Reichstreuhandgesellschaft hat diese versichert und Unterlagen dafür beigebracht, nach denen ihr Verhalten korrekt gewesen ist und sie durch Verschulden von dritter Seite zu der irrigen Annahme gebracht war, daß das Geschütz sich in einem nicht verwendungsfähigen Zustande befindet. —

Es zeigt sich also, daß alle Entschuldigungsversuche der „Tageszeitung" und der „Magdeburgischen Zeitung" ins Wasser gefallen sind. Es ergibt sich aber, daß man schlußfolgern muß, daß die Artikel, die zur Entschuldigung dienen sollten, aus dem Bureau der Deutschnationalen Volkspartei stammen und zum mindesten auch die Redaktion der „Tageszeitung" davon unterrichtet war.

Nachdem die Zentrale der Reichstreuhandgesellschaft festgestellt hat, daß sie nichts mit der Magdeburger Sache zu tun hat, darf nicht mehr gezögert werden. Die Mörderpartei ist bewaffnet bis an die Zähne.

Herr Polizeipräsident, greifen Sie doch zu!

Landarbeiterstreik in der Altmark

Die Landarbeiter hatten eine 100%ige Lohnforderung gestellt, bewilligt wurde ihnen nur die Erhöhung des Stundenlohnes von 4,75 auf 7,30 (!!)

Daraufhin ist im Kreise Stendal die Arbeit am Dienstag früh niedergelegt worden. Die bisher vorliegenden Meldungen lassen erkennen, daß die Landarbeiter der ganzen Altmark geschlossen in den Streik treten.

Die bürgerliche Presse schreibt dazu:

Da es sich um einen sogenannten wilden Streik handelt, lehnen die Arbeitgeber Verhandlungen mit den Arbeitnehmern ab. Die hiesige „Technische Nothilfe" hat, wie sie uns mitteilt, alle Vorbereitungen zum Eingreifen getroffen, wartet aber erst auf das Ergebnis der Beschlüsse der Arbeitgeber, die heute vormittag tagen.

Und tatsächlich hat der DGB., wie uns eben mitgeteilt wird, den Streik als einen „wilden" erklärt.

Bei diesem Hungerlohne von 7,30 Mark

in einer Zeit, wo die Teuerungswelle die Landarbeiter zu verschlingen droht, sollen die Landarbeiter noch Ruhe bewahren.

Das Bezeichnende aber ist, daß die Agrarier den Streik zu einem politischen machen und die Zulagen der Landarbeiter von der Beseitigung der Umlage abhängig machen.

Landarbeiter der Altmark! Dieses Vorgehen der Junker ist die Folge des „Hilfswerks der Landwirtschaft", das der Verband mit den Agrariern in der Reichsarbeitsgemeinschaft geschlossen hat.

Landarbeiter! Die republikanischen Behörden haben die „Technische Nothilfe" als Streikbrecherorganisation eingesetzt.

*

Wie die „Magdeburgische Zeitung" meldet, hat sich der Streik auf die Kreise Osterburg, Gardelegen und Wolmirstedt ausgedehnt.

*

Die Schupo zum Schutze der Streikbrecher.

Im Laufe des gestrigen Tages ist Schupo aus Tangermünde und ebenfalls Verstärkung aus Magdeburg in das Streikgebiet eingerückt, um die Arbeitswilligen zu schützen. An einigen Orten ist es Tätlichkeiten zwischen Streikenden und Streikbrechern gekommen. Die Großgrundbesitzer weigern sich nach wie vor hartnäckig, Verhandlungen anzubahnen.

Kartellkonferenz der Ortsausschüsse des ADGB. im Regierungsbezirk Merseburg

Die Konferenz der Ortsausschüsse des ADGB. findet am Sonntag, dem 23. Juli, vormittags 9 Uhr, in Halle a. S., „Volkspark", statt.

Nachdem der Gewerkschaftskongreß in Leipzig die Marschroute festgelegt hat, wollen nun die dem Bezirkskartell für den Regierungsbezirk Merseburg angeschlossenen Ortsausschüsse des ADGB. mitwirken, daß die vom Gewerkschaftskongreß gefaßten Beschlüsse in die Tat umgesetzt werden. Dem Bezirkskartell waren Ende 1921 150 000 Gewerkschaftsmitglieder angeschlossen. Die Konferenz soll einer weiteren Festigung und Sammlung dienen, die Gewerkschaftsbewegung weiter fördern.

Wir wünschen den Arbeiten der Konferenz den besten Erfolg.

Helbra

Christlicher Wucher. Der fromme Kirchengänger und Hakenkreuzler Malermeister Rödiger ließ sich für Streichen des Hauses des Uhrmachers Thurm 15 900 Mark bezahlen. Th. bekam von dem Obermeister den Bescheid, daß er über die Hälfte zuviel bezahlt hätte. Als nun R. das erfuhr, schickte er 5200 Mark zurück und wollte auch noch gratis die Firma streichen. Ein Zeichen, daß er trotzdem noch sehr reichlich verdient hat. Wie wäre es, wenn sich das Wuchergericht den guten Herrn mal etwas näher ansehen würde? Außer dem geschilderten Herrn gibt es hier noch sehr viel Leute, die auf die Juden schimpfen, weil alles so teuer ist, selbst aber viel schlimmer wuchern. Die Arbeiter, die nicht soviel verdienen, daß sie die Hälfte ihrer Einnahme zurückzahlen können, auszuführen haben.

Alten

Leichenfund. Eine schon stark in Verwesung übergegangene Kindesleiche wurde aus der Pferdetränke an der Dessauer Chaussee geborgen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220721-18/fragment/page=0006

Vom Sterben der deutschen Presse

In den letzten Tagen stellten folgende Zeitungen ihr Erscheinen ein: „Silberberger Stadt- und Landbote“, „Volkszeitung für den Kreis Uckermünde“, der „Alte Ipf“, Bobfingen, „Allgemeiner Anzeiger für Lütjenburg“, „Albersdorfer Nachrichten“, „Backnanger Volksfreund“, „Frankfurter Mittelsstandszeitung“, „Gottesberger Stadtblatt“, 38. Jahrgang, „Hamburger Tageblatt“, „Altonaer Nachrichten“ (73. Jahrgang), „Laubegaster Nachrichtenblatt“, „Potsdamer Zeitung“ (47. Jahrgang), „Allgemeiner Anzeiger“, Roßla (81. Jahrgang), „Fremdenzeitung“, Schweidnitz. Eine größere Anzahl Zeitungen sind zum drei- bzw. viermaligen wöchentlichen Erscheinen übergegangen. Ein trauriges Zeichen der Zeit, und während der Patient — in diesem Falle die deutsche Presse — langsam aber sicher dahinsiecht, streiten sich die gesetzgebenden Körperschaften um den Weg, wie dem Todkranken geholfen werden kann.

*

Auch die großen und größten Zeitungen haben schwer um ihre Existenz zu kämpfen. Sie können sich nur am Leben erhalten, indem sie die Bezugspreise so erhöhen, daß die Unkosten gedeckt werden. Das gilt besonders von der Arbeiterpresse, die unter den Verhältnissen außerordentlich zu leiden hat. Wir geben im folgenden die Bezugspreise einiger Berliner Zeitungen bekannt. Das „Berliner Tageblatt“ kostet monatlich 90 Mark, die „Freiheit“ 48 Mark, „Vorwärts“ 60 Mark, „Deutsche Tageszeitung“ 50 Mark.

Die neue Kalipreiserhöhung

In der gestrigen Sitzung des Reichskalirates ist mit Gültigkeit vom 20. d. M. an eine Erhöhung der Kalipreise um 25 Prozent beschlossen worden. Die bis zum 15. vorigen Monats bei dem Syndikat eingegangenen Aufträge werden zu den alten Preisen erledigt. — Die letzten Preiserhöhungen waren in Prozenten der jeweils geltenden Preise: 35 v. H. am 1. Sept. 1921, 70—80 v. H. am 7. Dez. 1921, 15 v. H. am 20. Febr. 1922, 21 v. H. am 22. März 1922, 4,4 v. H. am 1. April 1922, 34,24 v. H. am 1. Mai 1922 und 25 v. H. am 20. Juli 1922.

Die Kaligewaltigen haben einen guten Magen. Die Arbeiter sehen aus den ungeheuren Preissteigerungen, daß sie mit ihren Lohnforderungen nicht zu bescheiden sein dürfen, die Bergherren sind es jedenfalls nicht.

Bemerkenswertes aus der Betriebsrätekonferenz in Helbra

Ueberall, wo Undeutsch hinkommt, wissen wir, daß dort jedesmal „Deutsch“ gesprochen wird von den Bergleuten und wir wissen, daß der gute, brave Undeutsch jedesmal einen schweren Stand hat, gegen die „feindlichen Stürme“ zu kämpfen. So war der liebe Undeutsch wieder einmal auf einer Konferenz der Betriebsräte in Helbra, um über die abgeschlossenen Lohnverhandlungen zu reden. Seine eingangs losgelassene Kritik an dem schwachen Besuch der Versammlungen im Mansfelder Lande hätte er weiter ausspinnen sollen und fragen müssen: Warum sind eigentlich die Bergarbeiter so mißtrauisch? „Doch, da schweigt des Sängers Höflichkeit.“ Ueber die letzten Massendemonstrationen meinte Undeutsch, daß sie nur dazu veranstaltet wurden, um zu zeigen, daß die Massen noch da sind. Das ist eigentlich recht naiv, aber es charakterisiert vollkommen einen Sozialdemokraten vom Schlage Undeutsch. Ferner schnitt der „olle Kämpe“ Undeutsch die Holzdiebstähle in den Mansfelder A.-G.-Forsten an. Undeutsch als alter ehrlicher Demokrat, den heute ja nicht mehr die Sorgen quetschen, die ihn vor einigen Jahrzehnten noch gedrückt haben, erklärt, die Diebstähle für Unsinn, denn die Kumpels nehmen nicht nur trockenes Holz, nein, sie schleppen auch grüne Bäume weg. Gewiß wird kein Mensch die Holzdiebstähle gutheißen, aber wie steht denn der Verdienst des Mansfelder Bergmanns im Verhältnis zu den Lebensbedingungen? Möge doch die moralpredigende Organisation der Bergarbeiter dafür sorgen, daß die Löhne so stehen, daß der Kumpel nicht zu stehlen braucht. Warum gibt denn die Mansfeld A.-G. keine Deputatkohlen für die Bergleute? Zum Spaß geht wahrlich kein Mansfelder Bergarbeiter oder seine Frau Holz stehlen. Man muß nicht auf halben Wege stehen bleiben, lieber Undeutsch. Die Diskussion ergab dann ja den nötigen Kontrast zwischen den Betriebsräten und Undeutsch. Besonders scharf wurde die Arbeitsgemeinschaft angegriffen. Im Schlußwort versuchte Undeutsch nach Möglichkeit klein beizugeben. Als Glanznummer des Tages wußte er zu erzählen, daß die Union bereits dreimal an ihn herangetreten sei, zwecks Aufnahme in die Arbeitsgemeinschaft, von ihm aber „großmütig“ abgelehnt worden sei. „Daß du die Näse ins Gesicht behältst lieber Undeutsch.“ An sich ein wenig erfolgreicher Tag in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Vielleicht kommt noch einmal die Zeit, wo positivere Arbeit auf solchen Konferenzen geleistet wird, ohne Leute wie Undeutsch.

Delitzsch

Gewerkschaftskartell. Die letzte Sitzung beschäftigte sich vor allem mit dem Gewerkschaftsfest und den beiden letzten Demonstrationen. Vor Beginn der Tagesordnung fragte Kollege König (DEV.) an, ob Kollege Buhle (HV.) noch Kartelldelegierter wäre. Es stellte sich heraus, daß Kollege Buhle noch nicht von der Neuwahl des Kollegen Schulz unterrichtet war. Eine längere Aussprache ergab sich auch bei der Frage, ob die Jugend einen Vertreter in den Kontrollausschuß schicken kann. Der Vertreter wurde schließlich anerkannt. Kollege Plath (Bauarbeiterverband) war der Meinung, daß die Jugend ohne Stimmrecht im Gewerkschaftskartell sei, doch entschied sich die Mehrheit für das Stimmrecht der Jugend. Die Ortszuschläge für die Kartellkasse wurden um 100 Prozent erhöht; für entstandene Unkosten sind pro Mitglied 1 Mk. bz. 50 Pf. abzuführen. Es lag fernerhin ein Schreiben der Lindenhofwirtin (Frau Grün) vor, die über das Verhalten der Jugendverbände im Lindenhof Beschwerde führte. Es stellte sich heraus, daß der Brief gefüllt war mit viel Rauch, aber wenig Feuer. Wir glauben gern, daß es Frau Grün unangenehm ist, armen Lehrlingen ihr Gastzimmer zur Verfügung zu stellen. Wir hatten aber gehofft, daß in einem Arbeiterlokal mehr Solidarität geübt wird. Die USPD.-Genossen spielten sich als Anwälte von Frau Grün auf. Wir bitten aber die Genossen, Sonntags abends mal festzustellen, wer Krach macht und wer Stühle kaput schlägt.

Stahlhelmfrechheiten. Der Jugendgenosse Karl Baumgärtel stand am 13. Juli 1922 vor dem Schöffengericht, um sich zu verantworten wegen der Angriffe des Jugendkartells Delitzsch gegen die Ausbeutersippe jugendlicher Arbeiter. Die hohe Staatsanwaltschaft hatte auf Antrag der Lehrlingsschinder Nietzsch, K. Dammhahn, Morgner und Willi Merz ein Verfahren wegen Beleidigung und Preßvergehens eröffnet. Da die Handwerksmeister weder Mut noch Fähigkeit besaßen, sich selbst zu vertreten, hatten sie den Stahlhelm-Rechtsanwalt Keil damit beauftragt. Genosse Baumgärtel nahm lächelnd auf der Anklagebank Platz. Dem Herrn Amtsanwalt Fricke war das Lachen unverständlich und er monierte es. Keil warf darauf ein, „Herr Baumgärtel ist doch nicht ernst zu nehmen“. Der Prozeß wurde auf den 3. August vertagt, da erst vom Genossen Baumgärtel durch Zeugen der Wahrheitsbeweis angetreten wird, daß diese Henker der proletarischen Jugend die achtstündige Arbeitszeit überschritten haben. Als Zeuge für die Handwerksmeister bot sich noch der uns ebenfalls als Stahlhelmjüngling bekannte Hans Rheinboth an. Man sieht also bei dem Prozeß von vornherein das politische Gesicht, über das auch der vorsitzende Amtsrichter uns nicht hinwegtäuschen kann. Ueber den Fortgang der Verhandlungen berichten wir später. Die Arbeiterschaft bitten wir, sich mit den Namen der beiden angegebenen Reaktionäre und den der vier Handwerksmeister bekannt zu machen.

Eilenburg

Wenn man Monarchisten beschäftigt. Dem Gutsbesitzer Huth in Paschwitz wurden von seinem Wirtschaftsführer „Ehrhardt von Seiseritz“, der seit acht Tagen ohne Ausweispapiere beschäftigt war, ein schwarzbraunes Pferd und ein Halbverdeckwagen gestohlen. Arbeiter werden ohne ganz genau geprüfte Ausweispapiere von den Gutsbesitzern nicht eingestellt, doch einen adligen „Wirtschaftsführer“, lies Leuteschinder und Monarchist, stellt dieser Gutsbesitzer ohne weiteres ein. Aber adlige „Herren“ sind tadelfreie Menschen.

Weißenfels

Betriebsunfälle, die verhütet werden könnten. Dem 14jährigen Artur Hermsdorf, beschäftigt bei der Firma H. Haucke, Schuhfabrik, wurden durch die Lederwalze drei Finger der linken Hand abgequetscht. Es ist dieses der dritte Fall in kurzer Zeit. Die beiden anderen Geschädigten waren eine 17jährige Kollegin und ein 14jähriger Junge namens Kuthe, welcher mit einer leichten Verletzung davon kam. Diese Fälle waren aber für die Firma keine Mahnung, so daß sie wieder Kinder von 14 Jahren an derartigen Maschinen steckte. Vor dem Kriege walzten die Stanzer ihr Leder selber durch. Aber aus Profitinteresse müssen Kinder zu Krüppeln werden. Ihre eigenen Kinder werden sie an Maschinen ohne Schutzvorrichtung nicht daranstellen. Das Leben eines Proleten bedeutet aber für diese Leute nichts. Und wenn Herr Hermann Haucke seinem Meister Böhme nach dem Unfall Vorwürfe gemacht hat, weil er noch keine Schutzvorrichtung hatte anbringen lassen (am anderen Tage war eine dran, auch walzen jetzt Erwachsene das Leder durch), so mag ihnen hiermit gesagt sein, daß sie beide schuldig sind, sie haben gemeinsam einen Krüppel auf dem Gewissen. Nicht nur die Firma Haucke, sondern auch die anderen Schuhfabriken beschäftigen Jugendliche an Maschinen, an denen diese nichts zu suchen haben. Die Fabrikanten, bei denen solche Mißstände bestehen, begehen ein Verbrechen an solchen jungen Menschenkindern. Was für Betriebsräte sind das übrigens, welche derartige Verbrechen nicht aus der Welt schaffen? Aber auch die Organisation ist nicht, was sie sein soll. Was nützt die Phrasendrescherei in den Versammlungen, wenn der Geschäftsführer sagt: „Die Weißenfelser Schuhfabriken sind Kinderbewahranstalten.“ Der Organisation sind Unglücksfälle genug bekannt. Anstatt eine Anzeige nach der andern der Gewerbeinspektion zugehen zu lassen, beschäftigt man sich mit „Kriminalistik“, was der oder jener Kollege gestohlen haben könnte. Wenn auf Grund der vorliegenden Fälle durch die Organisation die Gewerbeinspektion veranlaßt wird, zu revidieren, so könnten Kinder nicht zu Krüppeln werden. Daß die Gewerbe-Aufsichtsbeamten hier energisch einschreiten, daran ist nicht zu zweifeln. Es darf in diesem Zusammenhang aber auch nicht unterlassen werden, den älteren Kollegen und den Betriebsräten zu sagen, daß sie allesamt mit verantwortlich sind für die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften, und daß ihr fahrlässiges Schweigen mit nichts entschuldigt werden kann.

Drei Weißenfelser Schuhmacher.

Werkzeugsammlung. Nach Abschluß der Sammlung wurde das gesammelte Werkzeug von der gewählten Kommission verpackt und an die Sammelstelle abgeschickt. Wir bekamen nun dieser Tage den Empfangsbescheid. Nachstehendes Schreiben bringen wir den Spendern zur Kenntnis: Werter Genosse! Ich bestätige hierdurch den Empfang 1 Kiste mit Werkzeug, Zeichen H. B. 17, Gewicht 78 Kilogramm. Die Kiste mit Werkzeug ist in guterhaltenem Zustande hier angekommen. Wir sagen den Spendern unseren besten Dank. Mit kommunistischem Gruß Max Andre, Stettin.

Bad Kösen

„Ich hole die Erbsen nur für meinen Papagei.“ Der als Drucker und Verleger ganz rechts stehende Stadtverordnete Heyner wurde vorige Woche vom Aufsichtsführenden der Domäne Fränkenau beim Erbsenpflücken (Felddiebstahl) erwischt. In seinem Schmökchen war ein Satz über diesen Felddiebstahl nicht zu lesen, während er sonst etwas ganz besonderes los hat im Schreiben von Berichten über Menschen, die nach seiner Meinung nicht als Bürger zu rechnen sind. Hoffentlich wird die Anzeige nicht in den Papierkorb fallen, man könnte sonst denken, auf Domäne Fränkenau ist für Papageien Erbsenpflücken erlaubt und für den menschlichen Magen verboten. Herr Heyner, was haben nun die Kommissionen beschlossen? Annahme oder Ablehnung?

Amsdorf

Den Monarchisten ins Stammbuch. Die am Dienstag stattgehabte Sitzung der Gemeindevertreter war an sich sehr kurz, aber um so kräftiger. Vor der Tagesordnung gab Genosse Jahn folgende Erklärung ab: „Die sozialistischen Gemeindevertreter von Amtsdorf erblicken in dem feigen, an Minister Rathenau verübten Meuchelmord nur ein Glied in der Kette des planmäßig organisierten politischen Terrors, durch den die Republik erdrosselt werden soll. Wir erblicken auch ferner in der Drohung des stellvertretenden Gemeindevorstehers Schlicht am 22. Mai eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegen die sozialistischen Gemeindevertreter. Wir drücken hiermit den Erzeugern dieser Pogromstimmung unsere grenzenlose Verachtung aus.“ Das mit Pfuirufen durchsetzte Indianergeheul der bürgerlichen Gemeindeväter bewies, daß die Ohrfeige gesessen hatte. Der Onkel „Theo“ alias Schlicht glaubte einfügen zu müssen: Man weiß nicht, ob Dummheit oder Bosheit die Arbeitervertreter zur Abgabe der Erklärung veranlaßt haben. Das wird der gute Theo schon merken. Bemerkenswert ist ja, daß Schlicht als republikanischer Beamter und als Vorsteher es nicht für notwendig erachtete, mit einigen Worten des gemordeten Rathenau zu gedenken. Zur Tagesordnung folgendes: Der Birnenanhang der Gemeindebäume wird meistbietend versteigert. Der Antrag der Arbeitervertreter auf Einzelverpachtung wurde abgelehnt. Ferner wurde dem Einbürgerungsantrag des Schlossers Georg Coiffeur stattgegeben. Aber die bürgerlichen Winkeladvokaten wissen aus jedem Dreck Geld zu schlagen. Der Genosse Coiffeur, als ehemaliger Kriegsgefangener, wurde anläßlich des Märzkampfes zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Während dieser Zeit hat seine Frau 1825 Mk. Unterstützung aus der Gemeindekasse bezogen. Um nun wieder zu dem Gelde zu kommen, haben die bürgerlichen Vertreter, die ja vor lauter christlicher Heuchelei kaum aus den Augen schauen können, folgende Bedingung gestellt: Entweder C. zahlt die 1825 Mk. zurück und erhält Bürgerrecht oder er zahlt nicht und wird ausgewiesen. So offenbahrt sich die „Nächstenliebe“ dieser Christen. In Abschlagsraten wird der Genosse C. das Geld zurückerstatten. Am Schluß der Sitzung offenbarte sich der Zorn der bürgerlichen Vertreter nochmals in dem hysterischen Gekreise Winklers, der andauernd: Rathenau, Rathenau gröhlte.

Stedten

Die Orgesch im Oberröblinger Braunkohlengebiet. Anläßlich der mordpatriotischen Sonnenwendfeier auf dem Franzosenberg wurden die Arbeiter im Oberröblinger Braunkohlenrevier erst gewahr, daß in unserer allernächsten Nähe auch die berüchtigten Orgeschklubs ihr Unwesen treiben. Als die Clique um ihren Scheiterhaufen herumtorkelte, war es der Bergwerksdirektor Elbert, der seine Stimme durch die treudeutsche Gurgel schnarren ließ, um den Zuhörern monarchischen Geist einzuflößen. Um die Gehirne der Knappen gefügiger zu machen, lieferten die Riebeckschen Montanwerke den nötigen Schnaps und das nötige Bier. Lautete früher der Gruß aller Patrioten: „Gott strafe England“, so heißt es heute: „Frontbereit“. Um aber die Bergleute vollständig einzuseifen, ist ein Knappenverein ins Leben gerufen worden. Unter dem Protektorat des Direktors Elbert, des Herrn Heinemann, des Inspektors Adrian, die im Stahlhelmklüngel in besonders eifriger Weise beschäftigt sind, werden die Knappen schon gehörig verballhornt, während die Herren Hausinger, Degenkolbe und Sommer aus Stedten die notwendigen Adjutantendienste verrichten. Die Arbeiter müssen ein wachsames Auge gegenüber den konterrevolutionären Machenschaften haben und dürfen sich auf keinen Fall durch einen neuen Klub, wie den Knappenverein, einwickeln lassen.

Erdeborn

Unerhörte Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte. Auf dem Amt Erdeborn sind eine größere Anzahl Ungarn als Tagelöhner beschäftigt, deren Arbeitskraft in unerhörter Weise ausgenutzt wird. Der Herr Rusche als strammer Teutscher legt ebenfalls wie sein Spießgeselle, der Januschauer Oldenburg, keinen Wert auf die Nationalität seiner Arbeiter. Hauptsache, es sind billige und willige Arbeitstiere. So erhalten die Männer 4,80 Mark und die Frauen 2 Mark Stundenlohn. Freilich erhalten sie noch Kost. Aber die Kost ist meist „stinkiger Fraß“, den selbst Schweine verabscheuen. Mögen die Arbeiter ruhig zugrunde gehen, wenn nur die Agrarier ihren Profit haben.

Halberstadt

Das „Tageblatt“ gegen die SPD. Das sozialdemokratische Organ, das „Halberstädter Tageblatt“, macht in seinem Inseratenteil Reklame für die Deutsch-demokratische Partei. So etwas war noch nie da und ist eine Glanzleistung des „Tageblatts“ und die SPD.-Arbeiter sehen ruhig zu.

Zilly

Waffenfunde. Am Sonnabend wurden auf dem Gute des Herrn Wanschaffe-Westerburg bei Rohrsheim Ausgrabungen vorgenommen. Es wurden 10 Stück 98er Gewehre und 12 Kisten Maschinengewehrmunition mit 6000 Schuß zutage gefördert. Der Inspektor, ein ehemaliger Offizier, hatte am Tage vorher den Ort mit Hecken und Häcksel unkenntlich zu machen versucht. Ob seine Festnahme erfolgt ist, ist nicht bekannt. Es steht zu erwarten, daß die weiteren Nachforschungen zur Herbeiführung der zur Munition gehörigen Maschinengewehre führen. Landarbeiter! Untersucht alle Winkel der Güter und meldet alle Waffenfunde an die Parteileitung.

Zum Verbandstag der Eisenbahner

Der Deutsche Eisenbahner-Verband rüstet zum Verbandstag in München. Mit allen Mitteln wird die Verbandsleitung versuchen, Delegierte nach München zu schicken, welche mit der Taktik des DEV. einverstanden sind. Das heißt: Arbeitsgemeinschaft mit der Regierung und die daraus entstehenden Folgen: Entlassung von Tausenden von Arbeitern; Schmälerung der Rechte der Betriebsräte; Durchbrechung des Achtstundentages; Haltung beim Beamtenstreik; Auflösung großer Ortsgruppen usw. Eisenbahner, das dürfen wir nicht zugeben, daß der DEV. in dieser Weise fortarbeitet, deshalb ist es notwendig, Delegierte nach München zu schicken, welche für den Achtstundentag kämpfen,

gegen das Arbeitszeitgesetz,
gegen die Stinnesierung der Eisenbahn,
gegen die Arbeitsgemeinschaft — für den Klassenkampf,
für die Sicherstellung des Existenzminimums,
für die Durchführung der zehn Punkte des ADGB.,
für Erweiterung der Rechte der Betriebsräte,
für das uneingeschränkte Streik- und Koalitionsrecht aller Arbeiter und Beamten.

An die kommunistischen Fraktionen im Deutschen Eisenbahner-Verband

Die kommunistischen Delegierten zu der Bezirkskonferenz am Sonntag, dem 23. Juli, in Erfurt treffen sich zu einer wichtigen Besprechung am Sonntagvormittag 8 Uhr im „Anker“, Blumentalstraße 73 (Haltestelle Leipziger Platz).

Genossen, die bereits am Sonnabendabend eintreffen, melden sich im Parteibureau, Magdeburger Straße 44.

Kollegen, Genossen! Wir rechnen angesichts der Bedeutung der Münchner Generalversammlung bestimmt auf den Besuch der Besprechung.

Mit kommunistischem Gruß!

KPD. Unterbezirk Erfurt (Abteilung Verkehr).

Vom Tage

Vom Auto in den Fluß. Casablanca, 18. Juli. Auf der Straße Robat—Casablanca stieß ein großer Autoomnibus auf der Brücke über den Ued Mellah beim Bremsen gegen die Brüstung, so daß die Insassen in den Fluß geschleudert wurden. Sieben wurden getötet, elf verletzt.

Einen Abonnementspreis in Naturalien hat die in dem niederbayrischen Städtchen Moosburg erscheinende „Moosburger Zeitung“ eingeführt. Wer nicht zahlen will, liefert entweder zwei Pfund Weizenmehl oder zwei Pfund Schweinefleisch oder zwei Pfund Butter oder 1½ Pfund Schmalz oder 25 Eier.

Ein Hochofen explodiert! Brüssel, 19. Juli. In Couillet (Hennegau) flog ein Hochofen in die Luft. Ein Arbeiter soll getötet worden sein. Mehrere Arbeiter werden vermißt und 30 wurden schwer verwundet.

Warenhausbrand. London, 19. Juli. Bei einem Brande in einem großen Neuyorker Warenhause, bei dem zahlreiche Explosionen erfolgten, wurden zwei Personen getötet und 30 verletzt. Nach den vorliegenden Berichten ist dieses der größte Brand seit dem Brande des Mixty-Cable-Gebäudes. Sämtliche Neuyorker Feuerwehren waren an der Brandstelle versammelt.

Schnellzug entgleist. Bordeaux, 20. Juli. Der Schnellzug Cerbère—Bordeaux ist zwischen Corneissa (?) und Bordeaux entgleist. Die Maschine, der Tender und der Gepäckwagen stürzten die Böschung einen fünf Meter tiefer gelegenen Weinberg hinab. Der Lokomotivführer wurde auf der Stelle getötet, der Heizer schwer verletzt. Einige Reisende haben leichte Verwundungen davongetragen. Die eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß das Unglück durch Lösung von Schienen und Schwellen in verbrecherischer Absicht herbeigeführt ist.

Behandlung monarchistischer Verbrecher in Sowjet-Rußland. Moskau, 19. Juli. Aus Irkutsk wird gemeldet: Der Prozeß gegen den Erzbischof Anatol, der beschuldigt war, mit Banden zur Bekämpfung der Sowjets in Verbindung zu stehen, hat mit der Verurteilung des Erzbischofs zum Tode durch Erschießen geendet. Gegen das Urteil kann appelliert werden.

Cholera an der russisch-rumänischen Grenze. Bukarest, 21. Juli. (Orient-Radio.) Amtlich wird mitgeteilt, daß an der Djnestrgrenze unter der Zivilbevölkerung zwei Cholerafälle und unter den Grenzschutztruppen vier Cholerabazillenträger festgestellt wurden. Bei den in der Umgebung der Hauptstadt festgestellten Fällen handelt es sich um Einschleppung durch einen aus Bessarabien zugereisten Soldaten. Der Sanitätsrat traf die schärfsten Maßnahmen, um die Ausbreitung der Seuche zu verhindern. An die russische Grenze wurde zahlreiches Sanitätsmaterial gesandt.

Explosion in der Oelfabrik. In Cleve ereignete sich, als zwei Arbeiter in einer Oelfabrik einen Wasserbehälter mit Benzin reinigten, eine Explosion. Beide Leute, die sich im Behälter befanden, erlitten tödliche Brandwunden.

Neue Druckschriften

„Die Arbeit“

Zeitschrift für Theorie und Praxis der kommunistischen Jugendbewegung. Neu erschienen Nr. 10. Preis der Einzelnummer 1,50 Mk. Aus dem Inhalt: Nicht nur demonstrieren — zupacken! — Einheitsfront — Einheitsorganisation. — Streifzüge durch die sozialistische Literatur, von Fritz Rück. — Funktionär-Kurse. — Heran an die Arbeiter-Sportorganisationen, von Bruno Leske. — Die Jungsozialisten-Bewegung — ein Träger bürgerlicher Ideologien in der Arbeiter- und Arbeiterjugend-Bewegung. — Etwas über die alltägliche Arbeit. — Das Gruppenleben nach der Schulentlassung. — Lehren aus Jugendtagen. — Bericht aus dem Lande.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Konrad Finkelmeier; für Anzeigen Fritz Kroh; Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14, Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220721-18/fragment/page=0007

Leben · Wissen · Kunst

Zehn Tage, die die Welt erschütterten

Verlag Carl Hoym, Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg

22] Von John Reed

Ein Soldat kletterte hinauf, blaß und ermüdet, „Kameraden! Ich komme von der rumänischen Front, und ich sage euch, daß wir Frieden haben müssen, sofortigen Frieden. Wer immer uns den Frieden geben kann, seien es nun die Bolschewiki oder diese neue Regierung, dem werden wir folgen. Friede, Friede! Wir an der Front können nicht mehr kämpfen, weder gegen die Deutschen noch gegen die Russen . . .", und damit schloß er. Aus der wogenden Masse stieg ein Durcheinander streitender Stimmen, das sich zu zornigen Rufen steigerte, als der nächste Redner, ein Menschewiki, den Versuch machte, sie zu überzeugen, daß der Krieg weiter geführt werden müsse bis zum Siege der Alliierten.

„Du sprichst wie Kerenski", rief eine rauhe Stimme dem Redner zu. Ein Dumadelegierter plädierte für Neutralität. Sie hörten ihm zu, aber voller Mißtrauen, fühlend, daß er nicht zu ihnen gehörte. Niemals wieder sah ich Männer so ängstlich bemüht zu begreifen und richtig zu entscheiden, unbeweglich, in fast bedrohlicher Spannung auf die Redner starrend, die Augenbrauen zusammengezogen in der Anspannung des Nachdenkens, die Stirnen schweißbedeckt; Riesen an Gestalt, mit den klaren, unschuldigen Augen von Kindern und den Gesichtern von Helden.

Jetzt sprach ein Bolschewiki, einer von ihren eigenen Leuten, heftig, haßerfüllt. Sie mochten ihn nicht mehr, als den anderen. Seine Art entsprach nicht ihrer Stimmung. Aber er riß sie einen Moment lang empor aus dem Trott alltäglichen kleinlichen Denkens zum Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber dem Schicksal Rußlands, des Sozialismus, der Welt, der Revolution.

Redner folgte auf Redner, unter gespanntem, nur dann und wann von Beifalls- oder Zornesrufen unterbrochenem Schweigen, abwechselnd für und gegen die Neutralität sprechend. Khanjunow redete noch einmal, hinreißend, sympathisch. Aber war er nicht ein Offizier, wieviel er immer vom Frieden sprach? Dann ein Arbeiter von Wasili Ostrow. Ihn empfingen sie mit den Worten: „Nun, Arbeiter, wirft du uns den Frieden bringen? Ganz in unsere Nähe hatten sich einige Leute, in der Mehrheit Offiziere, eine Art Claque gebildet, die systematisch für die Verteidiger der Neutralität Stimmung machte. „Khanjunow, Khanjunow", riefen sie fortgesetzt und zischten und pfiffen, wenn ein Bolschewiki zu sprechen versuchte.

Plötzlich begannen auf dem Deck des Automobils die Komiteemitglieder und die Offiziere, die sich offenbar über irgend etwas uneinig geworden waren, aufgeregt und heftig gestikulierend aufeinander einzureden. Die Versammlung wurde aufmerksam und verlangte zu wissen, um was es sich handelte. Ein Soldat, von einem Offizier zurückgehalten, riß sich los und hob seine Hand empor:

„Kameraden", schrie er, „der Kamerad Krylenko ist hier und wünscht zu sprechen." Ein Sturm wilden Beifalls brach los, dann Pfeifen und Rufe: „Protim! Protim! — Dolol!" (Hinauf, Hinauf! Nieder mit ihm!) Währenddessen kletterte, von hilfsbereiten Händen gezogen und geschoben, der Volkskommissar für das Heerwesen aan der Seite des Wagens empor. Sich aufrichtend, stand er einen Moment, ging dann nach vorn, die Hände auf die Hüften gestützt, und blickte lächelnd um sich, eine kleine Gestalt, kurzbeinig, ohne Kopfbedeckung und Rangabzeichen auf der Uniform.

Die Clique in meiner Nähe hörte nicht auf zu schreien: „Khanjunow, Khanjunow! Wir wollen Khanjunow hören! Herunter mit ihm! Schluß, Schluß! Nieder mit dem Verräter!" Die Auftretung begann allgemein zu werden. Da plötzlich eine Bewegung, gleich einer auf uns niederrollenden Lawine; riesenhafte, zornsprühende Gestalten, sich den Weg durch das Gedränge bahnend.

„Wer stört hier unsere Versammlung? Woher das Pfeifen?" die Claque verstummte, drückte sich schleunigst und unterließ jede weitere Störung.

„Kameraden, Soldaten!" begann Krylenko mit vor Müdigkeit heiserer Stimme. „Ich kann leider nur sehr schlecht zu euch sprechen, denn ich habe seit vier Tagen nicht mehr geschlafen.

Ich brauche euch nicht erst zu sagen, daß ich ein Soldat bin wie ihr, noch daß ich den Frieden wünsche. Was ich aber hier sagen muß, ist, daß die Bolschewistische Partei, die mit eurer Hilfe und mit Hilfe vieler anderer braver Kameraden in der siegreichen Arbeiter- und Soldatenrevolution die Macht der blutdürstigen Bourgeoisie stürzte, das von ihr gegebene Versprechen, ein Friedensangebot an alle kriegführenden Völker zu richten, bereits, und zwar am heutigen Tag, eingelöst hat." (Stürmischer Beifall.)

„Man fordert euch hier zur Neutralität auf, während die Junker und die Todesbataillone, die niemals neutral sind, uns in den Straßen niederschießen und Kerenski oder irgendeinen anderen von dieser Bande nach Petrograd zurückbringen wollen. Vom Don aus marschiert Kaledin; Kerenski kommt von der Front, und Kornilow hetzt Tschinski auf, seine Versuche vom August zu erneuern. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die euch hier so ängstlich beschwören, doch um alles in der Welt den Bürgerkrieg zu verhindern, haben sie sich anders an der Macht halten können, als vermittelst des Bürgerkrieges, der seit dem letzten Juli nicht aufgehört hat zu wüten, und in dem sie immer — genau wie heute — auf der Seite der Bourgeoisie zu finden waren?

Wie kann ich euch überzeugen, wenn ihr euch bereits festgelegt habt? Die Frage ist ganz klar. Auf der einen Seite die Kerenski, Kaledin, Kornilow, die Menschewiki, die Sozialrevolutionäre, die Kadetten, die Duma und die Offiziere. Sie sagen euch natürlich, daß sie das Beste wollen. Auf der andern Seite stehen die Arbeiter, die Soldaten und Matrosen, die armen Bauern. Die Regierung ist in euren Händen. Ihr seid die Herren. Ganz Rußland gehört euch. Wollt ihr es wieder zurückgeben?"

Nur mit der größten Willensanstrengung hielt er sich, während er redete, aufrecht; aber die ihn beseelende tiefe und ehrliche Begeisterung begann allmählich trotz seiner Ermüdung ihre Wirkung auf die Versammlung zu üben. Als er geendet hatte, wäre er fast gefallen. Hundert Hände streckten sich ihm entgegen, ihm beim Herabsteigen behilflich zu sein.

Khanjunow versuchte von neuem zu sprechen. Aber „abstimmen, Abstimmen!" schallte es ihm entgegen. Er gab schließlich nach und verlas die Resolution, die besagte, daß die Brunnowiki ihren Vertreter aus dem Revolutionären Kriegskomitee zurückziehen und in dem gegenwärtigen Bürgerkrieg neutral bleiben würden. Wer für die Resolution war, sollte nach rechts, wer dagegen war, nach links treten. Es gab einen Moment des Schwankens. Dann aber begann die Menge in immer schnellerem Tempo, einer über den andern stolpernd, nach links zu fluten. Nicht weit von uns entfernt, fanden sich gegen fünfzig Mann zusammen, die für die Resolution gestimmt hatten; das war alles. Während noch die Halle von dem Siegesjubel der anderen wiedertönte, verließ das Häuflein eiligst das Gebäude — und einige von ihnen auch für immer die Revolution.

Derselbe Kampf spielte sich ab in allen Kasernen der Stadt, des Distrikts, an der ganzen Front, in ganz Rußland. Solcher Krylenkos gab es viele; nie zum Schlafen kommend, von Ort zu Ort eilend, die Regimenter überwachend, überredend, drohend, beschwörend. Dasselbe in sämtlichen Lokalen jedes einzelnen Arbeiterverbandes, in den Fabriken, in den Dörfern, auf den Kriegsschiffen der weitverstreuten russischen Flotte. In dem weiten Lande hunderttausende russischer Männer, Arbeiter, Bauern, Soldaten, Matrosen, um die Redner geschart, mit ungeheurem Willensaufwand zu begreifen, zu wählen bemüht, angespannt nachdenkend — und zu guter Letzt so einmütig entscheidend. So war die russische Revolution.

Der neue Rat der Volkskommissare im Smolny war mittlerweile nicht müßig gewesen. Das erste Dekret war bereits im Druck, um in Tausenden von Exemplaren noch in derselben Nacht in den Straßen der Stadt verbreitet und in mächtigen Ballen mit den süd- und ostwärts fahrenden Zügen ins Land befördert zu werden:

Im Namen der von dem Allrussischen Sowjetkongreß der Arbeiter- und Soldatendeputierten unter Mitwirkung von Bauerndeputierten gewählten Regierung der Russischen Republik ordnet der Rat der Volkskommissare an:

1. Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung werden auf den 12. November angesetzt.

2. Alle Wählerorganisationen, die Organe der lokalen Selbstverwaltung, die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten und die Soldatenorganisationen an der Front werden aufgefordert, die Durchführung freier und ordnungsmäßiger Wahlen an dem festgesetzten Datum sicherzustellen.

Im Namen der Regierung der Russischen Republik.
Der Rat der Volkskommissare.
Wladimir Ulianow-Lenin.

Die im Munizipalgebäude tagende Duma war in voller Aufregung. Als wir ankamen, hatte gerade ein Mitglied des Rates der Republik das Wort. Der Rat, erklärte er, betrachte sich keineswegs als aufgelöst, er sei nur außerstande, seine Arbeiten fortzusetzen, solange er nicht einen neuen Sitzungsraum zu seiner Verfügung habe. In der Zwischenzeit habe sein Aeltestenkollegium den Beitritt des Rates in corpora zu dem Komitee für die Rettung Rußlands beschlossen. Dies war die letzte Lebensäußerung des Rates der Russischen Republik.

Gruß des Entlassenen

Geschrieben im Zuchthaus zu Lichtenburg

Nach vergebener Müh', verlorener Schlacht,
Sind viele Kämpfer zur Strecke gebracht;
Viel Freiheitskämpfer, kühn und vermogen,
Sind allesamt in den Kerker gelogen.
Dort schmachten sie wie elende Sklaven;
Entsagend der Freiheit, entsagend dem Glück.
Wann gibt man sie wieder der Freiheit zurück?

Doch starkes Hoffen läßt nicht verzagen,
Sie werden geduldig alles ertragen.
Zukunftsfroh wissend, daß selbst dieses Leid
Zum Wohle der ganzen Menschlichkeit
Und im Geiste der neuen Zeit nun ist —
Kehr'n wir wieder als Kämpfer und Kommunist.

Paul Roack.

Die Begegnung

In einer großen Versammlung fiel mir ein Genosse auf, der mit ungewöhnlicher Sicherheit, überaus kraftvoll und entschlossen für die kommunistische Auffassung eintrat. Obwohl er einen großen Teil der Versammlung und auch einen Teil seiner Parteigenossen gegen sich hatte, wich er keinen Schritt zurück und ging derart kühn und zielbewußt vor, daß es geradezu imposant war. Er machte den Eindruck, als ob er gegebenenfalls tapfer um sich zu hauen verstände. Sein ganzes Auftreten prophezeite den Sieg der Sache, für die er kämpfte. Meinem Dafürhalten nach gehörte er zu den immerhin seltenen Exemplaren in der Partei und das bewog mich, seine Bekanntschaft zu suchen. Wir sprachen also nach der Versammlung miteinander und was er mir berichtete ist merkwürdig genug, um wiedergegeben zu werden.

Er sagte: Genosse, du wunderst dich über meine Art und daß ich so durchdrücke. Mich wundert das manchmal selber. Früher habe ich das auch nicht gekonnt. Das ist erst seit einer gewissen Zeit so geworden. Da war nämlich mal ein berühmter Genosse hier, einer der schon allerhand mitgemacht hatte und in der Revolution bewandert war. Ich hatte ihm erst gar nicht so beachtet. Ich gebe auf „Kanonen" nichts. Aber da scheint er sich für mich interessiert zu haben. Ich stand neben ihm und da zog er mich in ein Gespräch. Er sprach ganz ernsthaft über eine bestimmte Sache mit mir und tat so, als ob es mit davon abhänge, wie ich darüber denke. Und da sah ich ihn mit genauer an und da war es mir, als ob er ein recht gescheites Gesicht habe. Wir sprachen über eine Strömung in der Partei. Obgleich ich nicht wußte, ob meine Meinung die richtige sei, sagte ich sie frank und frei heraus. Ich dachte, er würde lächeln und mich beschämen. Aber da schlug er auf den Tisch und sagte: „Das unterstreiche ich vom ersten bis zum letzten Satz; das ist die Meinung eines Kommunisten!" Mich überraschte diese Wendung des Gesprächs einigermaßen. Ich war bewußt unvorsichtig gewesen, hatte Gedanken, mit denen ich selbst noch nicht ins Reine gekommen war, schlechtweg ausgesprochen und sie damit schon propagiert. Und diese Gedanken eines Proleten sollten ganz richtig sein?

„Wir müssen diese Auffassung vertreten und durchsetzen. Das sind gute Gesichtspunkte. Du wirst es übernehmen." So sagte er zu mir. „Willst du das?" fragte er dann noch kurz. „Wenn ich das kann?", zögerte ich. „Willst du es?", fragte er unerbittlich noch einmal. Jetzt hatte ich keine Courage mehr, eine unbestimmte Antwort zu geben. „Ja, ich will!" gab ich zur Antwort. „Dann kannst du es auch," bestätigte er ganz kurz, als sei das schon zu viel geredet um eine selbstverständliche Sache. Damit wußte ich, daß es nunächst keiner Worte mehr bedurfte.

Ich trennte mich von ihm in der Gewißheit, eine für mich große und schwere Verpflichtung übernommen zu haben. Seitdem hat sich nichts plötzlich geändert, aber ich habe mit stets wachsender Kraft nach dieser Richtung hin gewirkt. Ich kann es mir nicht anders erklären, als daß diese Kraft mir nur aus diesem Gespräch zugeflossen sein kann. Es ist mir oft recht schwer gefallen, diese Verpflichtung einzuhalten und für meine Auffassung auch gegen den Widerstand mancher Genossen einzutreten, aber zugleich bin ich doch mit dem größeren Ziele gewachsen. Das Gespräch stand mir immer vor dem geistigen Auge. Es muß also bis dahin ein Mensch gelebt haben, der mir in der richtigen Art zu sagen vermochte, was ich tun kann und soll. Wozu ich sozusagen auserwählt bin. Vorher hatte ich zwar allerlei notwendige Aufgaben in der revolutionären Bewegung übernommen und sie auszuführen versucht, aber ich habe es nie in dieser ganz verbindlichen Art tun können. Solch eine bestimmte Art indessen, einem die Aufgabe zuzuschreiben und zugleich unwiderruflich zu sagen: Du kannst es, hat wie ein Wunder auf mich gewirkt.

Wir sprachen nicht mehr darüber. Ich ließ mich davon überzeugen, daß dieser Genosse in der Tat eine für ihn sehr nützliche „Begegnung" gehabt hatte, die im guten Sinne des Wortes zu einem „Stein des Anstoßes" geworden. Es kommen in der revolutionären Bewegung hoffentlich recht viele solche fruchtbare Begegnungen vor. Es handelt sich dabei nicht um Lobhudeleien, nicht um sogenannte Freundschaften oder „Bündnisse", sondern ganz einfach um eindrucksvolle Begegnungen solcher Menschen, die einander in dieser Art zum „Stein des Anstoßes" werden.

Otto Müller.

Rosa Bloch

Rosa Bloch-Bollag, die tapfere Vorkämpferin unserer Schweizer Genossen, ist Samstag in Zürich gestorben. Sie litt schon jahrelang an Basedowischer Krankheit. Da die Beschwerden in den letzten Jahren sich mehrten, entschloß sie sich zur Operation. Eine halbe Stunde nach der Operation ist sie gestorben. Ein Schweizer Genosse, der lange Jahre nur ihr gemeinsam arbeitete, schildert die Verblichene.

Rosa Bloch stammt aus der Bourgeoisie. Als ich sie bei einem gemeinsamen Freunde vor Jahren kennenlernte, war sie noch durchaus durchdrungen von bürgerlichem Geist; aber eines war anders an ihr als an den Bürgern; sie hatte geistige Interessen, keinen Erwerbssinn und ein gutes Herz. Ich erinnere mich noch gut, wie sie damals über die Arbeiterfrage dachte. Bei allem kritischen Blick für ihre bürgerlichen Klassengenossen, stellte sie sich vor, daß man durch Arbeit auch zum Wohlstand kommen könne, daß die Arbeiter nur zu wenig sparsam und wirtschaftlich seien. Man kann sagen, sie hatte, wie alle guten Bürgerkinder, einen Arbeiter bis damals kaum gesehen. Ich gab ihr Kropotkins Memoiren und die „Gegenseitige Hilfe" zu lesen. Und die Güte, die aus Kropotkins Werken leuchtet, kam der idealistischen Seite von Rosa Bloch entgegen. Sie begeisterte sich und wurde Anarchistin im Kropotkinschen Sinne. Sie war immer nur äußerlich ein Bürger gewesen und Kropotkin entfaltete das Menschliche in ihr, mit dem sie bis dahin sich vereinsamt gefühlt. Nun kam sie und sagte, sie möchte Arbeiter kennenlernen und in der Arbeiterbewegung mitarbeiten, mithelfen, um auch Arbeitern und Arbeiterinnen ein menschenwürdiges Dasein verschaffen zu helfen.

Damals war in der „Eintracht" eine Gruppe von energischen und radikalen Arbeitern, wie Brandler, Heckert, Mandel und andere mehr. Ich machte sie mit ihnen bekannt und nun war Rosa in ihrem Element. Es war in der Zeit vor dem Generalstreik von 1912. Während des Generalstreiks selber spielte sie auch eine Art Helferrolle. Am Tage nach dem Generalstreik war die Reaktion Meister. Wir erwarteten alle Hausuchungen. Im Protokoll der Arbeiterunion fand sich allerlei, was die Herren vom Staate nicht wissen sollten. Das Protokoll war im Volkshaus. Ich bolte es dort, gab es der Rosa und bis verbarg es zuerst im Geldschrank ihres Unternehmers, der gerade in den Ferien war, und trug es nachher in einen Tresor auf die Kreditanstalt. Als Rosa Bloch einmal das Milieu der Arbeiter kennengelernt, da war sie in ihrem Element. Sie gehörte zu den Menschen, die bei nichts mit der halben Persönlichkeit sind. Unter den Arbeitern lebend verwandelte sich ihr idealistischer Anarchismus in revolutionären Marxismus. Gerade die starke Entwicklung ihres Gemütslebens befähigte sie, sich in den Arbeiter und in die letzte Arbeiterin einzufühlen und von ihren Bedürfnissen aus zu denken. Rosa wurde zu Anwalt vor allem der Frauen. Sie empfand jede Ungerechtigkeit, die jemand anderem angetan wurde, wie eine, die man ihr selber angetan hätte. Sie hatte viel Verstand. Aber ihr Gemüt ging ihr oft mit dem Verstand durch. Ich schalt sie oft aus wegen ihrer Gutherzigkeit und sie schaute mich ein bischen sonderbar an, wenn ich einmal sagte: „Nein, da wird nicht geholfen".

Niemand in unserer Bewegung war von einer solchen Fähigkeit, ganz der Bewegung zu leben, wie Rosa. Sie war immer unterwegs und tat immer etwas für die Bewegung. Sie redigierte, schrieb, referierte, organisierte, war in der Politik, der Gewerkschaft, der Frauengruppe, bei der Rustandhilfe, und wenn einer was brauchte, ging er zur Rosa. Sie war so der richtige betriebsame Idealist. Eine Art Philantrop in kommunistischer Form. Um um die Bürger scherte sie sich den Teufel. Was die sagten, dachten, schrieben, interessierte sie nicht, wenn nur die Proleten und Proletinnen mit ihrer Tätigkeit einverstanden waren. Sie hatte schon lange körperlich viel gelitten. Das hinderte sie nicht, auch krank in der Bewegung weiter zu arbeiten. Sie konnte nicht ohne die Bewegung leben. Sie war ganz mit ihr verwachsen.

Skizze

Von Rosa Bloch

Abend am Züricheee. — Vollmond. — Vom Tonhallegarten tönen schmeichelnde Weisen. Fern von einem Schiffchen hören wir klagende Lautentöne. Auf einer Bank sitzen zwei junge Mädchen, hübscher Mädchen!

Was sind Devisen?

Devisen sind Wechsel und Schecks auf das Ausland, in ausländischer Währung zahlbar und das verbreitetste Zahlungsmittel zum Ausgleich internationaler Forderungen. Das heißt: die Zahlungen, die deutsche Kaufleute in England oder französische Kaufleute in Deutschland leisten müssen, werden nicht in barem Geld geleistet, sondern in Wechseln. — Der internationale Zahlungsverkehr kann vor sich gehen 1. durch Austausch von Waren, 2. durch Bezahlung von Bargeld und 3. durch Auslandswechsel (Devisen). Der Austausch von Waren ist nicht immer möglich, weil er abhängig ist von der Produktions- und Aufnahmefähigkeit der betreffenden Länder. Der Verwendung von Bargeld treten noch größere Schwierigkeiten entgegen (schlechte Transportfähigkeit, Zinsenverlust, hohe Versicherungsgebühren). Deshalb gibt man im zwischenstaatlichen Handelsverkehr der Bezahlung durch Devisen den Vorzug. Hat ein Kaufmann A. in London einem Händler B. in Leipzig und einem C. in Rom Waren geliefert, so bezahlen die beiden Schuldner nicht in bar in der Währung ihres Landes, sondern senden dem Kaufmann A., ihrem Warenlieferanten, einen Scheck, eine Anweisung oder einen Wechsel auf London. Hat umgekehrt B. Zahlungen nach London oder Rom zu leisten, so begleicht er seine Schuld durch Schecks usw. auf diese Länder. Die Anschaffung und den Verkauf von fremden Wechseln usw. vermitteln die Banken. Diese senden sie, wenn sie sie von ihrer Kundschaft erhalten, an befreundete Bankhäuser des Auslandes usw. zur Einziehung und Gutschrift an ihre eigenen Filialen, um dann auf Grund ihres Guthabens Schecks und Wechsel in den gewünschten Beträgen auszuschreiben. — Diese Auslandswechsel (Devisen) werden an den Börsenplätzen gehandelt. Ihr Kurs, d. h. der Preis, der an der Börse notiert wird, ist wie jede andere Ware dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterworfen. Ist die Nachfrage größer als das Angebot, dann steigt der Kurs, umgekehrt fällt er.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220721-18/fragment/page=0008